



Kompendium

Mini-Publics /
Bürger:innenräte in
Österreich

Lektionen aus drei
Fallstudien

MANTA

Mini-Publics And Other New Forms
Of Participation In Civic Education

Impressum

PROJEKTLEITUNG

Alessandra Santoianni
Demokratiezentrum Wien
Hegelgasse, 6
1010 Wien
AUSTRIA



MANAGEMENT UND IMPLEMENTIERUNG

Alessandra Santoianni, santoianni@demokratiezentrum.org
Charlotte Jüsten, juesten@demokratiezentrum.org

PARTNER



Institut für
Didaktik der
Demokratie



Unless otherwise noted this report is licensed under CC-BY-NC-SA 4.0.

To view a copy of this license, visit <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/4.0>

Attribution should be given to the authors and the project.

This document is available via

<https://www.demokratiezentrum.org/bildung/angebote/projekte/aktuelle-projekte/manta/>



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union

Funded by the European Union. Views and opinions expressed are however those of the author(s) only and do not necessarily reflect those of the European Union or

OeAD-GmbH. Neither the European Union nor the granting authority can be held responsible for them

Project-Nr.: 2021-2-AT01-KA220-SCH-000048927

Autor:innen:

Stefanie Mayer, Institut für Konfliktforschung (IKF Wien)

Viktorija Eberhardt, Institut für Konfliktforschung (IKF Wien)

Mitwirkende:

Alessandra Santoianni, Demokratiezentrum Wien

Charlotte Jüsten, Demokratiezentrum Wien

Patrick Bredl, Institut für Didaktik der Demokratie, Leibniz Universität Hannover

Florian Wieczorek, Mehr Demokratie

Matej Mikašinović-Komšo, Gong

Dejan Zelenak, Gimnazija Pula

Renate Eberhardt, Volksschule St. Andrä-Höch

**Mini-Publics / Bürger:innräte in Österreich.
Lehren aus drei Fallstudien**

1. Warum diese Broschüre?	1
1.1. Das MANTA-Projekt	1
1.2. Über diese Broschüre	1
2. Mini-Publics als deliberativ-demokratische Instrumente	3
2.1. Die Idee: Deliberation und Demokratie	3
2.2. Instrumente deliberativer Demokratie	5
2.3. Was macht Mini-Publics besonders?	6
2.4. Warum werden Mini-Publics verwendet?	8
2.5. Kriterien für „erfolgreiche“ Mini-Publics.....	9
3. Fallstudie 1: Mini-Publics in Vorarlberg	13
3.1. Die Initiative	13
3.2. Die Bürgerrät:innen	15
3.3. Die Deliberation	16
3.4. Expert:innen	18
3.5. Politische Einbettung	19
3.6. Umsetzung der Ergebnisse	21
3.7. Medien und Öffentlichkeit.....	21
3.8. Perspektiven	22
4. Fallstudie 2: Mini-Public zur Zukunft der Demokratie	24
4.1. Die Initiative	24
4.2. Die Bürgerrät:innen	25
4.3. Die Deliberation	26
4.4. Expert:innen	27
4.5. Politische Einbettung	27
4.6. Umsetzung der Ergebnisse	28
4.7. Medien und Öffentlichkeit.....	28
4.8. Perspektiven	29
5. Fallstudie 3: Österreichischer Klimarat der Bürgerinnen und Bürger	30
5.1. Die Initiative	30
5.2. Die Bürgerrät:innen	31
5.3. Die Deliberation	33
5.4. Expert:innen	36
5.5. Politische Einbettung	37
5.6. Umsetzung der Ergebnisse	38

5.1. Medien und Öffentlichkeit.....	39
5.2. Perspektiven	40
6. Zusammenfassung.....	42
7. Schritt-für-Schritt zur eigenen Mini-Public	48
8. Weitere Ressourcen	50
8.1. Übersicht und Beispiele von Mini-Publics.....	50
8.2. Empfehlungen für Praktiker:innen.....	51
8.3. Hintergrund, Theorie und akademische Debatte.....	52
8.4. Grundlegende Konzepte	55

1. Warum diese Broschüre?

1.1. Das MANTA-Projekt

Das Projekt „Mini-Publics und andere neue Formen der Partizipation in der politischen Bildung“ (MANTA) wird durch das europäische Programm Erasmus+ finanziert. Sieben Partner, darunter Forschungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Schulen aus Österreich, Kroatien und Deutschland arbeiten zusammen, um Bildung für Demokratie zu fördern und Pädagog:innen Wissen und Werkzeuge zur Verfügung zu stellen, die es ihnen ermöglichen, neue Formen der Partizipation zu vermitteln, die für junge Menschen attraktiver sind als beispielsweise traditionelle Parteipolitik.

Ein Instrument der deliberativen Demokratie, das international an Bedeutung gewinnt, sind Mini-Publics, also organisierte Foren, in denen Bürger:innen politische Probleme diskutieren und Empfehlungen für politische Akteur:innen wie Parlamente und Regierungen formulieren. Besonders bekannt wurde ein Beispiel aus Irland, das die Gesetzgebung des Landes zum Schwangerschaftsabbruch von einer der restriktivsten in Europa zu einer liberalen veränderte und damit bewies, dass deliberative Bürger:innenbeteiligung tatsächlich Veränderungen anstoßen kann.

Zu den Materialien, die im MANTA-Projekt entwickelt wurden und online verfügbar sind¹, gehören ein Blended-Learning-Training, ein Webinar, Materialien für forschendes Lernen im Klassenzimmer und Podcasts. Zusammen bilden sie ein Paket, das von Pädagog:innen zum Selbststudium und im Klassenzimmer zur Vermittlung demokratischer Beteiligung genutzt werden kann.

1.2. Über diese Broschüre

Diese Broschüre wurde hauptsächlich als Informationsquelle für Pädagog:innen, Schüler:innen ab 16 Jahren, Student:innen, Journalist:innen und die breite Öffentlichkeit konzipiert, die an Mini-Publics als spezifische Form der deliberativen Demokratie interessiert ist. Das zweite Kapitel bietet einige theoretische und konzeptionelle Hintergrundinformationen zur deliberativen Demokratie im Allgemeinen und Mini-Publics und Bürger:innenräten im Besonderen. Es fasst die wichtigsten Erkenntnisse und aktuellen Debatten aus der Wissenschaft kurz zusammen und enthält Hinweise auf weiterführende Literatur für diejenigen, die in die Demokratietheorie eintauchen möchten.

Der zentrale Teil der Broschüre zielt darauf ab, der tatsächlichen Praxis der deliberativen Demokratie näher zu kommen und konzentriert sich auf drei Fallstudien aus Österreich, anhand derer die Stärken und Schwächen von Bürger:innenräten in verschiedenen Kontexten untersucht werden. Wie Bürger:innenräte erfolgreich in regionale und lokale Entscheidungsprozesse eingebunden werden können, zeigen zunächst regionale und lokale Mini-Publics in Vorarlberg, bei denen seit 2011 13 Mini-Publics zu unterschiedlichen Themen durchgeführt wurden. Zweitens wird die erste nationale Mini-Public zur Zukunft der Demokratie, die im September 2021 in Oberösterreich stattfand, als Beispiel für einen Bottom-up-Ansatz zur deliberativen Demokratie analysiert. Drittens ist der nationale Klimarat von Jänner bis Juni 2022 ein Beispiel für einen vom Parlament umgesetzten Top-down-Bürgerrat. Die Fallstudien folgen im Großen und Ganzen dem chronologischen Bogen einer Mini-Public

¹ Projektwebsite und –materialien: <https://www.demokratiezentrum.org/bildung/angebote/projekte/aktuelle-projekte/manta/>

von ihrer Beauftragung bis zur Übergabe der Ergebnisse an das politische System. Jedes Unterkapitel ist spezifischen Fragen gewidmet, die für Debatten im Klassenzimmer relevant sein können. Auch wenn nicht auf alle Fragen eindeutige Antworten möglich sind, erhalten die Leser:innen Informationen, um sich an evidenzbasierten Debatten über Mini-Publics als ein Instrument der deliberativen Demokratie zu beteiligen. Eine abschließende Zusammenfassung stellt die wesentlichen Ergebnisse dar und vergleicht die verschiedenen Designs und ihre Vor- und Nachteile.

Am Ende des Kompendiums finden die Leser:innen eine Ressourcenliste, die weitere Informationen zu deliberativer Demokratie und Mini-Publics bietet.

2. Mini-Publics als deliberativ-demokratische Instrumente

2.1. Die Idee: Deliberation und Demokratie

Deliberative Demokratie ist eine „Denkrichtung der politischen Theorie, die behauptet, dass politische Entscheidungen das Ergebnis fairer und vernünftiger Diskussionen und Debatten zwischen Bürger:innen sein sollten.“² Aus dieser Sicht besteht das Ideal der Demokratie nicht in der Entscheidungsfindung durch Abstimmung, sondern im informierten, rationalen und machtfreien Austausch von Argumenten zu einem bestimmten Problem oder einer bestimmten Politik, wobei jede:r Teilnehmer:in nach dem Gemeinwohl und nicht nach individuellen Vorteilen streben sollte. Ziel ist es, statt einer Mehrheitsentscheidung, einen Konsens zu erreichen. Persönliche Meinungen werden somit im deliberativen Prozess gebildet, also durch die Kraft des besseren (rationalen) Arguments und nicht durch individuelle Interessen.

Der Versuch, dieses Ideal in die Praxis umzusetzen, bedeutet den Fokus auf Entscheidungsprozesse zu legen. Laut dem Philosophen Jürgen Habermas³, dessen Diskursethik die Entwicklung der deliberativen Demokratie maßgeblich beeinflusst hat, sind es gerade faire Verfahren und ungehinderte Kommunikation im deliberativen Prozess, die demokratische Legitimität gewährleisten. Im Idealfall können nur Entscheidungen und Normen als legitim bezeichnet werden, die von allen Teilnehmer:innen des jeweiligen Diskurses (z. B. allen Bürger:innen bei Entscheidungen auf nationaler Ebene) akzeptiert werden.

In der realen Welt sind ideale Bedingungen für eine Deliberation nie gegeben, da Menschen niemals das Ideal der distanzierten, rein rationaler Bürger:innen erfüllen, die sowohl gegen Macht als auch gegen rhetorische Manöver immun und so gut informiert sind, dass sie die Auswirkungen ihrer Entscheidungen voll abschätzen können. Es bleiben zudem wichtige Fragen offen: wie und von wem werden die Probleme und Fragen definiert, über die in der Folge beraten wird – wer hat die Macht, die Agenda festzulegen? Noch grundlegendere Fragen betreffen den konzeptionellen Ausschluss von Personen, die die sozialen und kulturellen Kriterien für Rationalität nicht erfüllen (z. B. aufgrund ihres Alters oder ihrer kognitiven Fähigkeiten) sowie die Möglichkeit, dass die spezifische Situation einzelner Gruppen vom angeblichen Gemeinwohl abweicht und daher im Modell einfach ignoriert werden könnte. Dies wirft das Problem auf, wie deliberative Instrumente die Rechte von Minderheiten schützen können. Einige politische Theorien betonen auch, dass komplexe Gesellschaften durch agonistische Beziehungen gekennzeichnet sind, also durch Widersprüche, die einvernehmliche Lösungen verhindern.

Ungeachtet dieser Kritik hat die Idee der Demokratie als fortlaufendes Beratungsforum aus mindestens zwei Gründen großen Reiz: Befürworter:innen sehen in der Deliberation in erster Linie einen spezifischen epistemischen Gewinn, was bedeutet, dass deliberative Instrumente bessere

²Alle englischsprachigen Zitate wurden von den Autor:innen ins Deutsche übertragen. Eagan J.L. deliberative democracy. <https://www.britannica.com/topic/deliberative-democracy> [abgerufen am 15.2.2023]. In Übereinstimmung mit der Literatur verwenden wir weiterhin den Begriff „Bürger:innen“, es ist jedoch wichtig zu beachten, dass die deliberative Demokratie hauptsächlich auf Einwohner:innen abzielt und nicht nur auf Personen, die die jeweilige Staatsbürger:innenschaft besitzen.

³Finlayson, J.G./Rees, Dafydd Huw. 2023. Jürgen Habermas. <https://plato.stanford.edu/entries/habermas/> und <https://contemporarythinkers.org/jurgen-habermas/> [beide abgerufen am 06.12.2023]

Lösungen (in Form von Empfehlungen oder sogar verbindlichen Entscheidungen) versprechen als diejenigen der repräsentativen Demokratie.⁴ Begründet wird dieser Optimismus mit dem Fehlen von Parteistrategien und vordefinierten Interessengruppen, mit der Vielfalt der vertretenen Standpunkte und der Unabhängigkeit von Wahlzyklen. Die Abhängigkeit von Wahlterminen führt nämlich – so die Kritik – in repräsentativ-demokratischen Strukturen dazu, dass Politiker:innen kurzfristige gegenüber nachhaltigen, langfristigen Lösungen bevorzugen. Besonders problematisch ist dies im Hinblick auf gesellschaftlich umstrittene und mit Werten verbundenen Themen (z. B. sexuelle und reproduktive Rechte) oder existenzielle, aber langfristige Probleme (z. B. Klimawandel), bei denen jetzt Maßnahmen ergriffen werden müssen, um zukünftige Bedrohungen abzumildern. Zweitens bietet die deliberative Demokratie den Bürger:innen eine Form der Mitbestimmung, die über die Auswahl vordefinierter Entscheidungen hinausgeht. Nicht zuletzt deshalb hat sie an Bedeutung gewonnen, seit Diagnosen von politischer Apathie, mangelndem Vertrauen in politische Vertreter:innen und einer daraus resultierenden „Krise der Demokratie“⁵ (oder „Krise der Repräsentation“) Konjunktur haben. Es besteht die Hoffnung, dass Menschen, wenn sie sehen, dass „jemand wie ich“ die Politikgestaltung direkt beeinflussen kann, der Politik und ihrem angeblichen Elitismus weniger kritisch gegenüber stehen werden und sich als Bürger:innen mit Einfluss statt als Opfer einer distanzierten politischen Elite betrachten.

Ungeachtet der häufigen Verwendung des Begriffs „Bürger:innen“ zielen deliberativ-demokratische Instrumente meist auf Einwohner:innen und nicht nur auf Personen ab, die die jeweilige Staatsbürger:innenschaft besitzen. Sie werden deshalb auch als Möglichkeit gesehen, das Problem restriktiver Staatsbürger:innenschaftsgesetze zu mildern, die demokratische Teilhabe verhindern.⁶

Daher wurde eine Reihe von Instrumenten entwickelt, die darauf abzielen, sich dem freien, ungehinderten und rationalen Diskurs, den das Ideal der deliberativen Demokratie voraussetzt, anzunähern. Anstatt bestehende Instrumente der repräsentativen und/oder direkten Demokratie zu ersetzen, sind deliberativ-demokratische Prozesse auf unterschiedliche Weise in das politische System eingebettet: von der Bereitstellung von Informationen für gewählte Vertreter:innen bis hin zur Entscheidungsfindung.

⁴Siehe z. B. das Kapitel von Estlund, D./Landemore, H. 2018. The Epistemic Value of Democratic Deliberation. In: Bächtiger, A. et al. (Hrsg.). Das Oxford Handbook of Deliberative Democracy, [abgerufen am 29.03.2023]

⁵Es ist bemerkenswert, dass der Ausdruck „Crisis of Democracy“ erstmals als Titel für einen Bericht aus dem Jahr 1975 verwendet wurde, in dem die Schwierigkeit der Regierungsführung in Industrieländern auf ein „Übermaß an Demokratie“ und nicht auf eine zu geringe Beteiligung der Öffentlichkeit zurückgeführt wurde (Crozier, M.J. et al. 1975. The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission. https://archive.org/details/crisis_of_democracy [abgerufen am 15.02.2023])). Für einen kritischen Überblick über wissenschaftliche Debatten zu diesem Thema siehe: Merkel, W. 2014. Is There a Crisis of Democracy? In: Democratic Theory 1(1), 11-25. <https://doi.org/10.3167/dt.2014.010202> (Volltext: https://projects.iq.harvard.edu/files/mobilized_contention/files/democratic_theory_merkel_2014.pdf [abgerufen am 15.02.2023]).

⁶Ein eher extremes Beispiel hierfür ist Wien, wo etwa ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung keine österreichische Staatsbürgerschaft und damit kein Wahlrecht besitzt. <https://www.wien.gv.at/menschen/integration/daten-fakten/bevoelkerung-migration.html> [abgerufen am 16.10.2023]

2.2. Instrumente deliberativer Demokratie

Es gibt eine breite Palette deliberativ-demokratischer Instrumente, die auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems eingesetzt werden können. Lokale Beispiele betreffen häufig die Gestaltung öffentlicher Räume, aber Bürger:innenräte können auch auf nationaler Ebene abgehalten werden, wie dies in vielen europäischen Ländern zum Thema Klimawandel bereits praktiziert wurde. Deliberativ-demokratische Prozesse werden auch häufig in kleinerem Maßstab innerhalb von Organisationen umgesetzt, beispielsweise in Form von Schüler:innenräten, schüler:innenzentrierter Entscheidungsfindung im Klassenzimmer. Während es in diesen Fällen häufig möglich ist, dass alle Betroffenen am deliberativen Prozess teilnehmen, wird die Repräsentation zu einer der großen Herausforderungen für die deliberative Demokratie auf politischer Ebene

Im Folgenden geben wir einen Überblick über einige der wichtigsten deliberativen Instrumente, die zur Einbeziehung der Bürger:innen in politische Entscheidungen eingesetzt werden. Die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern soll die Bandbreite der Möglichkeiten aufzeigen und einen ersten Eindruck davon vermitteln, wie deliberative Instrumente mit anderen Formen demokratischer Entscheidungsfindung verknüpft sind.

- Mini-Publics: Bürger:innenräte sind das deliberative Instrument, das am häufigsten mit Mini-Publics in Verbindung gebracht wird. Sie bringen eine diverse Gruppe von Bürger:innen zusammen, die per Los ausgewählt werden, um über vorab festgelegte Themen zu beraten und Empfehlungen (mit mehr oder weniger verbindlichem Charakter) an politische Entscheidungsträger:innen zu richten. Mini-Publics sind bestrebt, Teilnehmer:innen einzubeziehen, die in soziodemografischer Hinsicht repräsentativ für die Bevölkerung und die Vielfalt möglicher Ansichten zu dem zu behandelnden Thema sind.⁷ Da Bürger:innenräte im Mittelpunkt dieses Kompendiums stehen, gehen wir im Folgenden näher auf sie ein. Eine völlig andere Form der Mini-Public ist die deliberative Umfrage, sogenannte „Deliberative Polls“.⁸ Hierbei handelt es sich um eine Form der Meinungsforschung, bei der eine zufällig ausgewählte Stichprobe von Bürger:innen zunächst über das jeweilige Thema aufgeklärt wird, bevor sich die Teilnehmer:innen in kleinen Gruppen beraten und schließlich ihre Meinung äußern. Die Idee dahinter ist, dass es den Menschen häufig an fundierten Informationen sowie an Zeit und Anreizen mangelt, sich über bestimmte Themen besser zu informieren. Daher wird eine Standard-Meinungsumfrage zu verzerrten Ergebnissen und möglicherweise zu schlechten Ergebnissen führen, wenn politische Entscheidungsträger:innen sich auf diese Ergebnisse stützen. Deliberative Umfragen ermöglichen es den Bürger:innen, sich eine fundierte Meinung zu bilden, und versetzen Wissenschaftler:innen in die Lage, die Auswirkungen zu messen, die die Deliberation selbst auf die öffentliche Meinung haben könnte.
- Öffentliche Konsultationen und Anhörungen: Dabei handelt es sich um informelle Beratungsformen, die darauf abzielen, öffentliche Rückmeldungen und Beiträge zu bestimmten Themen oder Richtlinien einzuholen. Sie können eine Vielzahl von Instrumenten

⁷Für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Repräsentativitätsanspruch von Mini-Publics siehe: Peixoto, T.C/Spada, P. 2023. Reflections on the representativeness of citizens' assemblies and similar innovations. <https://democracyspot.net/2023/02/22/reflections-on-the-representativeness-of-citizens-assemblies-and-similar-innovations/> [abgerufen am 29.03.2023]

⁸„Deliberative Polls“ sind ein Markenzeichen von James S. Fishkin. Eine Einführung finden Sie unter: <https://deliberation.stanford.edu/what-deliberative-polling/> [abgerufen am 1.03.2023]

umfassen, darunter offene Treffen oder Online-Plattformen zum Sammeln von Ideen und/oder Feedback. In der Regel ist die Teilnahme offen, sodass jede interessierte Person mitmachen kann. Obwohl dies auf den ersten Blick die inklusivste Option zu sein scheint, führt sie in der Praxis häufig zu einer Überrepräsentation gut ausgebildeter, älterer Personen aus der Mittelschicht, während andere Gruppen oft keinen Zugang finden. Ergebnisse von Konsultationen und Anhörungen sind nicht bindend.

- Partizipative Budgets: Budgets werden oft als „in Zahlen gegossene Politik“ bezeichnet, und tatsächlich gehört die Vergabe öffentlicher Mittel zu den grundlegendsten politischen Entscheidungen. Partizipative Budgets – erstmals 1989 in der brasilianischen Stadt Porto Alegre eingeführt – ermöglichen es Bürger:innen, Projekte oder Initiativen vorzuschlagen und zu einem späteren Zeitpunkt im Prozess über die Zuweisung von Ressourcen abzustimmen. Am häufigsten werden sie auf regionaler oder kommunaler Ebene umgesetzt, es gibt jedoch auch Projekte auf nationaler Ebene (z. B. Portugal). Partizipative Budgets zielen darauf ab, Transparenz und Rechenschaftspflicht sowie das Engagement der Bürger:innen zu erhöhen. Zu den Schwierigkeiten gehört die Tatsache, dass große Teile der Budgets typischerweise von vornherein für bestimmte Aufgaben gebunden sind.⁹
- Collaborative Governance: Während sich die bisher genannten Instrumente an die Bürger:innen im Allgemeinen richten, konzentriert sich diese kooperative Form des Regierens auf die Einbindung von Stakeholder:innen, darunter Regierungsbeamte:innen, zivilgesellschaftliche Organisationen, Bewohner:innen bestimmter Gebiete sowie Vertreter:innen von Industrie und Unternehmen. Diese Stakeholder:innen werden zu Dialogen oder Workshops eingeladen, um zusammenzuarbeiten und/oder eine gemeinsame Basis in Bezug auf spezifische Fragen zu finden. Typischerweise werden solche Beteiligungsformen bei der Vorbereitung politischer Entscheidungsprozesse eingesetzt.

Wie diese Beispiele zeigen, bietet die deliberative Demokratie verschiedene Instrumente, die auf unterschiedliche Bedürfnisse zugeschnitten werden können. Sie können in jeder Phase eines Politikzyklus eingesetzt werden, beginnend mit der Problemdefinition (z. B. warum nutzen Mädchen diesen öffentlichen Park kaum, während Jungen ihn nutzen?) und der Entwicklung kreativer Lösungen, bis hin zur Entscheidungsfindung und Bewertung. Alle Formen haben Vor- und Nachteile. Stets zu berücksichtigen sind Fragen der Auswahl der Teilnehmenden, der Agendasetzung und Moderation, der Information der Teilnehmer:innen über das jeweilige Thema und schließlich der Umsetzung der Ergebnisse.

2.3. Was macht Mini-Publics besonders?

Der Begriff „Mini-Publics“ geht auf den Politikwissenschaftler Robert Dahl zurück, der 1989 die Idee eines „Minipopulus“, d.h. einer Versammlung von Bürger:innen vorstellte, die repräsentativ für die Bevölkerung sein sollte. Während die Größe einer Mini-Public je nach lokaler, regionaler, nationaler oder sogar supranationaler Ausrichtung zwischen zehn und einigen Hundert Teilnehmenden variiert,

⁹Informationen zum globalen Stand partizipativer Budgets finden Sie unter: <https://www.pbatlas.net/index.html>. Zu partizipativen Budgets in Schulen siehe: <https://www.participatorybudgeting.org/what-is-pb/pb-in-schools/> [beide abgerufen am 1.3.2023].

zielen Mini-Publics¹⁰ stets darauf ab, die Vielfalt der Betroffenen in der Bevölkerung widerzuspiegeln, typischerweise durch eine Art Zufallsstichprobe. Seit den 1990er Jahren wurden eine Reihe innovativer Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung entwickelt, die zusammen mit bereits etablierten Formen wie Bürger:innenjurs (erstmalig 1971 in den USA) und Konsenskonferenzen (Ende der 1980er Jahre in Dänemark), Planungszellen (die seit den 1970er Jahren hauptsächlich Fragen der Stadtplanung diskutieren) und deliberative Umfragen (erstmalig 1988 in den USA durchgeführt) unter dem Begriff „Mini-Public“ zusammengefasst werden. In jüngerer Zeit wird der Begriff Mini-Public stark mit Bürger:innenräten in Verbindung gebracht, die sich von den oben genannten Formen durch ihre stärkere – wenn auch unterschiedliche – Bindung an das politische System und damit einen stärkeren Einfluss auf die Entscheidungsfindung unterscheiden. Instrumente, um Entscheidungen von Bürger:innenräten in die Gesetzgebung zu integrieren, umfassten unter anderem: Referenden (zum Beispiel über die Liberalisierung des irischen Abtreibungsgesetzes – das von den Wähler:innen bestätigt wurde – oder die Wahlreform in Ontario, Kanada – wo die Wähler:innen das Gesetz ablehnten), eine Verpflichtung des Parlaments auf Empfehlungen von Bürger:innenräten zu reagieren und öffentlich zu begründen, warum sie bestimmte Empfehlungen nicht umsetzen (z. B. im Fall des Scottish Climate Assembly) oder die Wahrnehmung von Bürger:innenräten als moralische Autorität, die Politiker:innen dazu zwingt, die Ergebnisse ernst zu nehmen (z. B. im Fall des Deutschen Klimarats, der von unten nach oben, also von der Zivilgesellschaft, organisiert wurde und nicht formal an das politische System angebunden war).¹¹

Es sind vor allem drei Gründe dafür ausschlaggebend, dass wir den Fokus auf das Instrument der Bürger:innenräte legen: Erstens streben Mini-Publics im Allgemeinen und Bürger:innenräte im Besonderen im Gegensatz zu häufigeren Formen der Bürger:innenbeteiligung danach, die betroffene Bevölkerung im Hinblick auf soziodemografische Merkmale, z. B. sozialer Status, Region, Bildung, ethnische Zugehörigkeit, Geschlecht und Alter repräsentativ zu gestalten und erreichen dadurch eine stärkere demokratische Legitimation als Formate, die auf der Selbstauswahl der Teilnehmer:innen basieren. Zweitens zielen Bürger:innenräte (i.U. zu z.B. deliberative Polls) darauf ab, den Bürger:innen die Möglichkeit zur aktiven Mitwirkung an politischen Entscheidungsfindungen zu geben. Sie streben daher danach, politische Entscheidungsträger:innen zu verpflichten, den Empfehlungen der Bürger:innen Folge zu leisten. Dennoch bleibt die mangelnde Akzeptanz der Ergebnisse die Achillesferse dieser Form der Beteiligung, auf die wir im Folgenden näher eingehen werden. Drittens gibt es nicht zuletzt empirische Belege für die wachsende Bedeutung dieses deliberativ-demokratischen Instruments. Bürger:innenräte werden immer häufiger eingesetzt, um strittige Themen zu bearbeiten und um Politik und Öffentlichkeit als Orientierungshilfe zu dienen – das prominenteste Beispiel ist der irische Bürger:innenrat 2016/17, der u.a. den Weg für die Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes ebnete.¹² Bürger:innenräte haben daher das Potenzial, zu

¹⁰Weitere Informationen zu verschiedenen Formen von Mini-Publics finden Sie in Escobar, O./Elstub, S. 2017. Forms of Mini-publics. <https://www.newdemocracy.com.au/2017/05/08/forms-of-mini-publics/> [abgerufen am 2.3.2023]

¹¹Für einen systematischen Vergleich von vier verschiedenen Klimaräte siehe Stack, S./Griessler, E. 2022. From a 'half full or half empty glass' to 'definitely a success'. Explorative comparison of impacts of climate assemblies in Ireland, France, Germany and Scotland. IHS Working Paper Series 39 <https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/6113/> [abgerufen am 2.3.2023]

¹²Zum irischen Fall siehe Palese, M. 2018. The Irish abortion referendum: How a Citizens' Assembly helped to break years of political deadlock. <https://www.electoral-reform.org.uk/the-irish-abortion-referendum-how-a-citizens-assembly-helped-to-break-years-of-political-deadlock/> sowie den kritischeren Bericht: O'Leary, N. 2019.

einflussreichen Instrumenten der politischen Entscheidungsfindung zu werden – sie bergen jedoch auch Risiken.

2.4. Warum werden Mini-Publics verwendet?

Wie oben gezeigt, zielen alle Arten von Mini-Publics darauf ab, Entscheidungsträger:innen Informationen, Einblicke und Empfehlungen zu liefern, die jene Meinung widerspiegeln, die die breite Bevölkerung zu dem betreffenden Thema hätte, wenn sie über entsprechende Zeit und Ressourcen verfügen würde, um Informationen zu sammeln und ausgiebig, lösungsorientiert und rational zu diskutieren. Dementsprechend besteht das wichtigste Ziel der Mini-Publics darin, die Qualität politischer Entscheidungen zu verbessern. Die Gestaltung einer Informationsphase im Rahmen des deliberativen Prozesses, die Einbeziehung von Expert:innenwissen und die Diversität der Teilnehmer:innen zählen zu den Bedingungen.

Aus der Perspektive der Demokratie ist es ebenso relevant, dass Mini-Publics auch gelebte Erfahrungen demokratischer Beteiligung bieten. Diese betreffen in erster Linie die Teilnehmenden: Sie erwerben fundiertes Wissen über die jeweilige Fragestellung, was oft auch die Beherrschung komplizierter rechtlicher Fragestellungen mit sich bringt.¹³ Dies kann das Vertrauen der Bürger:innen in ihre Fähigkeit stärken, sich an demokratischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, anstatt komplexe Sachverhalte auf technokratische Weise an Expert:innen zu delegieren. Die Teilnehmer:innen erhalten die Chance, sich in politisch anspruchsvollen Debatten Gehör zu verschaffen und Veränderungen anzustoßen, was wohl die wichtigste Lektion der politischen Bildung ist. Da Mini-Publics oft zu umstrittenen Themen abgehalten werden, bei denen es tiefe Spaltungen in der Gesellschaft gibt, bieten sie den Teilnehmenden auch die Möglichkeit, über diese Spaltungen hinweg zu debattieren und zusammenzuarbeiten. Moderation und klare Verfahren sowie das Bekenntnis zur gemeinsamen Aufgabe sollen diese schwierigen Dialoge erleichtern, die wiederum Vertrauen und sozialen Zusammenhalt fördern können. In manchen Fällen nehmen auch politische Entscheidungsträger:innen an bestimmten Debatten teil oder sind verpflichtet, auf Empfehlungen zu antworten, sodass die Teilnehmer:innen auch direkten Kontakt mit Politiker:innen und Parlamentarier:innen haben.

Befürworter:innen der deliberativen Demokratie hoffen zudem, dass die Wirkung von Bürger:innenräten als prominentester Form von Mini-Publics nicht auf die Teilnehmenden beschränkt bleibt, sondern die breite Öffentlichkeit einbezieht. Erstens sollte die Tatsache, dass normale Bürger:innen („Menschen wie ich“) an politischen Entscheidungen teilnehmen, die Politik weniger abstrakt machen und die Vorstellung von Demokratie als „Herrschaft des Volkes“ stärken. Zweitens sind Bürger:innenräte durch verschiedene Instrumente auf Öffentlichkeitswirkung ausgelegt, darunter die Veröffentlichung von (Fach-)Informationen, die die Teilnehmer:innen erhalten, von Protokollen der Ergebnisse und eventuell auch der Abläufe des Beratungsprozesses und die Entwicklung umfassender Medienstrategien. Bei großen Events halten die Teilnehmenden manchmal zwischen den

The myth of the citizens' assembly <https://www.politico.eu/article/the-myth-of-the-citizens-assembly-democracy/> [both abgerufen am 06.12.2023]

¹³In seinem eher kritischen Bericht über die Irish Citizens' Assembly zitiert Politico eine Teilnehmerin, die erzählt das einige junge Teilnehmerinnen ernsthaft begannen über ein Jurastudium nachzudenken, als ihnen bewusst wurde, dass sie sich soeben erfolgreich mit sehr komplexen Rechtsfragen auseinandergesetzt hatten. O'Leary, N. 2019 (siehe Fußnote 12).

Beratungen auch lokale Versammlungen ab, um noch mehr Standpunkte einzubringen und, was noch wichtiger ist, um Botschafter der deliberativen Beteiligung selbst zu sein. Tatsächlich haben Bürger:innenräte drei Zielgruppen: Entscheidungsträger:innen, die mit fundierten Empfehlungen versorgt werden; Teilnehmer:innen, die die Möglichkeiten der deliberativen Demokratie erleben und zu Multiplikator:innen hinsichtlich Faktenwissen und Dialogkompetenz werden; und die breite Öffentlichkeit, in der der Glaube an die Demokratie als solche gestärkt werden. Es ist jedoch zu beachten, dass sich die Einbindung der Öffentlichkeit in der Praxis als schwierig erwiesen hat, es sei denn, die behandelte Frage war bereits zuvor von großem Interesse.

Typischerweise müssen sich die Organisator:innen eines Bürger:innenrats mit drei großen Bereichen befassen müssen: Erstens müssen sie den Zweck und Umfang des Instruments definieren und entsprechend planen, was die Anzahl und Zusammensetzung der Teilnehmer:innen, den zeitlichen Rahmen des Instruments, die zu debattierende Agenda und die benötigten Expert:innen-Inputs sowie der Transfer der Ergebnisse in etablierte Prozesse der politischen Entscheidungsfindung betrifft. Zweitens muss der Kreis der potenziellen Teilnehmer:innen hinsichtlich der demografischen Merkmale definiert werden um Vielfalt zu gewährleisten. Zu diesem Zweck besteht der typische Ansatz aus zwei Schritten: Im ersten Schritt wird eine große Stichprobe von Bürger:innen nach dem Zufallsprinzip aus Einwohner:innenmelderegistern ausgewählt und zur Teilnahme an der Versammlung eingeladen. Anschließend wird aus dem Pool der positiven Antworten eine weitere Auswahl getroffen, um sicherzustellen, dass die endgültige Zusammensetzung die Verteilung bestimmter Merkmale (z. B. Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung, Wohnort) in der Gesamtbevölkerung widerspiegelt. In einer Analyse von 105 europäischen Mini-Publics stellten die Autor:innen fest, dass in der überwiegenden Mehrheit der Fälle (75 %) „Organisationen Kriterien anwenden, um die Unterrepräsentation bestimmter sozialer Gruppen zu korrigieren“.¹⁴ Auch wenn die genauen Methoden unterschiedlich sind, bleibt das Ziel dasselbe: die Verzerrungen zu korrigieren, die typischerweise mit der Selbstauswahl der Teilnehmer:innen für deliberative Beteiligungsformen einhergeht und meist zu einer Überrepräsentation gut ausgebildeter, sozial privilegierter und älterer Personen führt. Das Einladen und Motivieren der Teilnehmenden erweist sich in vielen Fällen als erster schwieriger Schritt, oft sind Personen skeptisch, befürchten zu wenig Zeit oder nicht die passenden Qualifikationen zu haben, oder haben schlicht zu wenig Zeit. Drittens müssen Ressourcen für den gesamten Prozess organisiert werden, darunter geeignete Veranstaltungsorte (z. B. Barrierefreiheit als Thema), Logistik (z. B. Bereitstellung von Kinderbetreuung für Teilnehmer:innen), (Fach-)Informationen und professioneller Moderation zur Sicherung eines offenen Dialoges. Während die anfallenden Kosten den Teilnehmenden in aller Regel erstattet werden, wird die Zahlung von Aufwandsentschädigungen unterschiedlich gehandhabt.

2.5. Kriterien für „erfolgreiche“ Mini-Publics

Die genauen Kriterien für den Erfolg von Mini-Publics hängen natürlich von den Zielen und dem Umfang des in der Beauftragungsphase definierten Instruments ab. Auf den ersten Blick scheint die Messung der Auswirkungen von Bürger:innenräten auf die Politikgestaltung eine einfache Aufgabe zu sein: Entweder werden ihre Empfehlungen umgesetzt oder nicht. Doch in der Praxis sind die Dinge oft

¹⁴ Paulis, E. et al. 2020: The POLITICIZE dataset: an inventory of deliberative mini-publics (DMPs) in Europe. In: European Political Science 20(3), 521-542. <https://europepmc.org/article/PMC/PMC7371796> [abgerufen am 16.10.2023]

weniger eindeutig: Oftmals berufen sich politische Entscheidungsträger:innen auf die Ergebnisse eines Bürger:innenrats, um eine zusätzliche Legitimation für genau die Politik zu erlangen, die sie ohnehin schon immer befürwortet haben, während sie Vorschläge vernachlässigen, die ihren Präferenzen widersprechen. Den Absichtserklärungen von Politiker:innen können gesetzgeberische Maßnahmen folgen oder auch nicht, Empfehlungen können in parlamentarischen Verfahren angepasst (oder verwässert) werden oder auf rechtliche Schwierigkeiten stoßen und die Umsetzung politischer Maßnahmen kann lange dauern usw. Einige Forscher:innen argumentieren sogar, dass die wichtigste Auswirkung klimabezogener Bürger:innenräte bisher darin bestand, dass sie es den politischen Entscheidungsträger:innen ermöglichten, ehrgeizigere Klimapolitiken anzugehen, da sie die Verantwortung teilweise abwälzen konnten. Diese Wissenschaftler:innen warnen davor, dass eine enge Sichtweise, die nur die direkte Umsetzung von Bürger:innenempfehlungen durch die Politik berücksichtigt, nicht erkennt, welche tiefgreifenden Auswirkungen deliberativ-demokratische Instrumente haben können, selbst wenn diese indirekt (und nicht messbar) sind.¹⁵ In diesem Kompendium verfolgen wir jedoch einen etwas engeren Ansatz und konzentrieren uns auf Effekte, die sich direkt der jeweiligen Mini-Public zurechnen lassen.

Zumindest vier Bereiche müssen bei der Bewertung deliberativer Projekte berücksichtigt werden:

Die erste Frage ist, ob Mini-Publics repräsentativ für die Bevölkerung sind, die von dem diskutierten Thema betroffen ist. Dazu gehört vor allem Repräsentativität in Bezug auf soziodemografische Faktoren wie Geschlecht, Alter, ethnische Zugehörigkeit, Migrationsgeschichte oder -hintergrund, Bildung und sozioökonomischer Status oder Stadt-Land-Verteilung. Wichtig ist, dass die Repräsentativität unter den tatsächlichen Teilnehmer:innen und nicht nur unter den Eingeladenen hergestellt wird, da die Teilnahmebereitschaft unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen unterschiedlich ist (beispielsweise kann es für Eltern kleiner Kinder schwieriger sein, sich auf einen langwierigen Beratungsprozess einzulassen). In der Praxis können Bürger:innenräte aufgrund der begrenzten Teilnehmer:innenzahl die Kriterien der statistischen Repräsentativität kaum vollumfänglich erfüllen.¹⁶ Sie können (und sollten) jedoch danach streben, im Hinblick auf unterschiedliche Perspektiven und Meinungen zu dem jeweiligen Thema inklusiv zu sein und „Inklusionsversagen“¹⁷ durch die Einladung von Angehörigen von Minderheitengruppen bzw. durch die Bereitstellung spezifischer Anreize zum Engagement für unterrepräsentierte Gruppen anzugehen.

Die zweite Überlegung betrifft die Qualität der Diskussionen selbst. Dazu gehört u.a. die Bereitstellung angemessener, d.h. ausgewogener und genauer Informationen für alle Teilnehmer:innen sowie Diskussionsregeln, die respektvolle und informierte Gespräche ermöglichen, sowie eine kompetente Moderation, die einen fairen Prozess gewährleistet. Kurz gesagt: Je näher das tatsächliche Verfahren dem Ideal eines offenen und machtfreien Diskursraumes kommt, desto besser. In der Praxis schwierig

¹⁵Wells, R. et al. 2021. Are citizen juries and assemblies on climate change driving democratic climate policymaking? An exploration of two case studies in the UK. In: *Climatic Change* 168(5) <https://doi.org/10.1007/s10584-021-03218-6> [abgerufen am 21.3.2023]

¹⁶Statistik Austria bietet eine Reihe von Grafiken zur Verteilung ausgewählter soziodemografischer Merkmale im Österreichischen Klimarat im Vergleich zur Gesamtbevölkerung. Rieger, R. 2022. Auswahlverfahren für den Klimarat der Bürgerinnen und Bürger 2021/22. Methodische Dokumentation und Ergebnisse. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/300/methodenbericht_auswahlverfahren_klimarat.pdf [abgerufen am 29.03.2023].

¹⁷Peixoto, T.C/Spada, P. 2023. Reflections on the representativeness of citizens' assemblies and similar innovations. <https://democracyspot.net/2023/02/22/reflections-on-the-representativeness-of-citizens-assemblies-and-similar-innovations/> [abgerufen am 06.12.2023]

ist dabei auch das Konzept der Rationalität – auch wenn es für die oben diskutierten abstrakten Definitionen von Deliberation von zentraler Bedeutung ist. Der Ausschluss von Affekt und Emotion kann selbst als Machtakt angesehen werden, der der Vorstellung eines bestimmten, traditionell stereotyp männlichen, mit formaler Bildung ausgestatteten Subjektes entspricht. In der Praxis wird daher die Notwendigkeit emotionalen Engagements anerkannt.¹⁸ Eine wichtige Frage in diesem Zusammenhang ist, welche Regelungen für den Umgang mit abweichenden Meinungen bestehen – auch wenn das Ziel deliberativer demokratischer Instrumente der Konsens ist, sollte dies nicht durch das zum Schweigen bringen kritischer Stimmen erreicht werden.

Ein dritter entscheidender Bereich sind die direkten Auswirkungen der Bürger:innenräte auf die Politikgestaltung. Auch wenn dieses Kriterium einfach erscheint, ist es in der Praxis schwierig zu messen, insbesondere in jenen Fällen, in denen die Übertragung von Ergebnissen in den politischen Prozess nicht stark institutionalisiert ist. In einer vergleichenden Studie zu Klimaräten¹⁹ wurden sieben wichtige Kontextfaktoren identifiziert, die die Wirkung von Bürgerrät:innen fördern oder behindern können:

- Die Regeln politischer Machtausübung können zur Bevorzugung von Eliteinteressen gegenüber den Empfehlungen von Bürger:innen führen.
- Stakeholder:innen und Interessengruppen können in bestimmten Politikbereichen wichtiger sein als breitere gesellschaftliche Interessen.
- Die Kosten der vorgeschlagenen Maßnahmen können abschreckend sein (oder zumindest als Argument gegen die Empfehlungen der Bürger:innen herangezogen werden).
- Zeit könnte ein relevanter Faktor sein, da die Entwicklung politischer Maßnahmen in der Regel ein langsamer Prozess ist. Bürger:innenempfehlungen können daher Prozesse auslösen, die Jahre dauern, bis sie zu konkreten Ergebnissen führen.
- Die Schnittstelle zum politischen System muss klar definiert sein, um eine Missachtung durch Politiker:innen oder Parlamentarier:innen zu verhindern.
- Der breitere politische Kontext, z. B. die politische Situation, Wahlzyklen, das Verhältnis zwischen Regierung und Opposition usw., kann Einfluss darauf haben, ob und wie Ergebnisse berücksichtigt werden, und dies aus Gründen, die nichts mit dem Bürger:innenrat und der Qualität der Empfehlungen zu tun haben.
- Mangelnde Legitimität in den Augen der Öffentlichkeit kann das Ansehen des Bürger:innenrates schwächen. Zweifel an dem Instrument können auf allgemeiner Ebene geäußert werden – etwa wenn deliberativ-demokratische Instrumente als Schwächung gewählter Parlamente angesehen werden – oder konkreter in Bezug auf den Bürger:innenrat selbst, wenn etwa die Repräsentativität oder der Prozess der Beratung selbst in Frage gestellt werden. Transparenz im gesamten Prozess ist daher von größter Bedeutung.

Zu guter Letzt kann versucht werden, die Auswirkungen des deliberativen Prozesses auf die Teilnehmer:innen und die breite Öffentlichkeit abzuschätzen. Die Teilnehmenden müssen den Prozess

¹⁸Bryant, P./Stone, L. 2020. Climate Assemblies and Juries. A people powered response to the climate emergency. A guide for local authorities and other bodies. <https://sharedfuturecic.org.uk/wp-content/uploads/2020/08/Shared-Future-PCAN-Climate-Assemblies-and-Juries-web.pdf> [abgerufen am 21.3.2023]

¹⁹Stack, S./Griessler, E. 2022. From a 'half full or half empty glass' to 'definitely a success'. Explorative comparison of impacts of climate assemblies in Ireland, France, Germany and Scotland. IHS Working Paper Series 39. <https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/6113/> [abgerufen am 2.3.2023]

als fair erleben, das heißt, es muss sichergestellt sein, dass Debatten auf Augenhöhe stattfinden, dass alle über die nötigen Informationen und die nötige Zeit verfügen, um eine fundierte Entscheidung zu treffen und ihre Argumente darzulegen, Zeit und Raum, um ihre Meinung zu überdenken und möglicherweise zu ändern, und dass alle Beiträge in den endgültigen Ergebnissen und Empfehlungen entsprechend berücksichtigt werden. Die Auswirkungen auf die breite Öffentlichkeit sind noch schwieriger abzuschätzen, können jedoch durch eine Analyse der Medienberichterstattung annähernd bestimmt werden.

Forscher:innen stellten fest, dass die (wahrgenommene) Wirksamkeit einer Mini-Public Auswirkungen haben kann, die weit über den konkreten Fall hinausgehen, da „das Versäumnis, politische Empfehlungen umzusetzen oder die Reaktion darauf zu erklären, Bürger:innenversammlungen delegitimiert“.²⁰

²⁰Ebd., 37

3. Fallstudie 1: Mini-Publics in Vorarlberg

Vorarlberg – das westlichste Bundesland Österreichs mit der zweitkleinsten Bevölkerung – hat 2006 Mini-Publics als politisches Instrument eingeführt und ist damit ein Vorreiter in Österreich. Bisher haben mehr als 60 Mini-Publics stattgefunden, davon 14 regionale und 46 auf kommunaler Ebene. Zwei davon überschritten sogar Landesgrenzen: Eine betraf die Region an der Grenze zwischen Vorarlberg und der Schweiz und die zweite das Grenzgebiet zwischen Vorarlberg und Liechtenstein. Im Laufe des letzten Jahrzehnts wurden Mini-Publics in Vorarlberg zunehmend institutionalisiert und behandelten verschiedene komplexe und konfliktreiche Themen, darunter Bildung, Migration und Mobilität, Landwirtschaft, Klimawandel und Wahlen.



Mini-Publics sind regional ausgerichtet. Sie können **bundesweit** (wie in den Fallstudien 2 und 3) oder, wie in Fallstudie 1, **auf Landesebene, regional** oder **transnational** sein. Die geografische Ebene schränkt die möglichen Umsetzungen der Ergebnisse von Mini-Publics ein: Bei den Mini-Publics in Vorarlberg sind beispielsweise nur Vorschläge möglich, die in den Zuständigkeitsbereich der Vorarlberger Landesregierung fallen.

Die für diese Fallstudie verwendeten Quellen sind von der Vorarlberger Landesregierung öffentlich bereitgestellte Dokumente zu jeder Mini-Public²¹, die Website bürgerrat.net, die Ressourcen zu Mini-Publics als Tool sowie deren Umsetzungsgeschichte in Vorarlberg bereitstellt sowie der YouTube-Kanal des *Büros für Ehrenamtliches Engagement und Teilhabe*²², das der Förderung und Dokumentation der Mini-Publics in Vorarlberg dient, sowie ein Online-Seminar²³ über die Mini-Publics in Vorarlberg, das von *Mehr Demokratie* in Deutschland organisiert wurde.

3.1. Die Initiative

Wie, von wem und mit welchem Ziel wurde die Mini-Public in Auftrag gegeben?

Alle Mini-Publics in Vorarlberg werden vom *Büro für ehrenamtliches Engagement und Partizipation*, einer Behörde der Vorarlberger Landesverwaltung, organisiert. Ziel des *Büros* ist bereits seit vielen Jahren die Steigerung der politischen Partizipation der Vorarlberger Bürger:innen durch Mini-Publics.

Das *Büro für ehrenamtliches Engagement und Partizipation* wurde 1999 von Manfred Hellrigl gegründet, der als dessen Leiter und Projektkoordinator maßgeblich an der Entwicklung und Etablierung von Mini-Publics in Vorarlberg beteiligt war. Zu Beginn war das Büro für Aufklärungskampagnen rund um das Thema Umweltschutz verantwortlich. Fünf Jahre später, im Jahr 2004, änderte sich der Auftrag des *Büros für ehrenamtliches Engagement und Partizipation* hin zu einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung und der Bevölkerung in Vorarlberg. Damals gab der Landeshauptmann von Vorarlberg, Herbert Sausgruber (ÖVP²⁴), eine Erklärung ab, dass

²¹Dokumentationen zu einzelnen Mini-Publics finden Sie unter <https://vorarlberg.mitdenken.online/imprint> [abgerufen am 31.10.2023]

²²Link zum YouTube-Kanal: <https://www.youtube.com/@FEB-Vorarlberg/videos> [abgerufen am 31.10.2023]

²³Mehr Demokratie. 2020. Online-Seminar: Der Bürgerrat in Vorarlberg – von Österreich lernen. https://www.youtube.com/watch?v=kEmUn_1PP_Y [abgerufen am 31.10.2023]

²⁴Die *Österreichische Die Volkspartei (ÖVP)* ist eine konservative politische Partei in Österreich.

Vorarlberg das kinderfreundlichste Bundesland Österreichs werden solle. Deshalb organisierte das *Büro für ehrenamtliches Engagement und Partizipation* einen Bürger:innenrat mit dem Titel „*Kinder in die Mitte*“. Dieses Experiment wurde zu einem Leuchtturmprojekt und markierte den Beginn neuer Formen politischer Beteiligung in Vorarlberg.

Am Bürger:innenrat nahmen insgesamt 140 Personen teil, darunter Kinder, Erwachsene und Expert:innen. Obwohl der Bürger:innenrat zu konstruktiven Ergebnissen führte, die teilweise von der Regierung umgesetzt wurden, waren die Kosten dieses Formats zu hoch, um in der politischen Struktur verankert zu werden. Aufbauend auf den Erfahrungen dieses Projekts hat Hellrigl das Konzept in ein kleineres und praktikableres Paket überführt. Er passte das Konzept des *Wisdom Council* – einer frühen Form von Mini-Publics, die in den USA von Jim Rough umgesetzt wurden – an die Voraussetzungen und Anforderungen in Vorarlberg an, überzeugt davon, dass bereits eine kleine Stichprobe von Menschen einem Problem auf den Grund gehen kann. Zwei Jahre später, im Jahr 2006, organisierte das *Büro für ehrenamtliches Engagement und Partizipation* die erste Mini-Public Europas in der kleinen, ländlichen Gemeinde Wolfurt nach dem neuen Modell.

Die Vorarlberger Verfassung verpflichtet die Landesregierung seit 2013 neben direkt- und repräsentativdemokratischen Instrumenten auch zu deliberativen demokratischen Verfahren (Art. 1 Abs. 4). Im selben Jahr wurden in Vorarlberg auch konkrete Richtlinien²⁵ zur Initiierung und Umsetzung von Mini-Publics eingeführt, was einen wichtigen Meilenstein für die feste Verankerung des Instruments im politischen Prozess darstellte.

Den Richtlinien zufolge gibt es nun drei verschiedene Möglichkeiten, eine Mini-Public ins Leben zu rufen: (1) von den Vorarlberger Bürger:innen, wenn mindestens 1.000 Personen eine Petition unterzeichnen, (2) durch Beschluss des Vorarlberger Landtags und (3) durch Beschluss der Vorarlberger Landesregierung. Für Fragen der Gemeindeverwaltung kann durch Beschluss der Gemeinderät:innen eine Mini-Public einberufen werden. Eine der größten Änderungen, die 2013 eingeführt wurde, war die Möglichkeit, in einem Bottom-up-Prozess mit nur 1.000 Unterschriften eine Mini-Public zu initiieren. Für die Unterschrift ist keine österreichische Staatsbürgerschaft erforderlich, die Teilnehmer:innen müssen lediglich (legal) in Vorarlberg leben.

Bis heute – rund zehn Jahre später – wurden fünf Mini-Publics nach der Bottom-up-Methode initiiert: Die erste fand im September 2017 zu Land und Boden statt, zwei Jahre später (Oktober 2019) folgte eine weitere zum Thema Landwirtschaft. Seit 2021 wird jedes Jahr eine Bottom-up-Mini-Public organisiert: Klimawandel (Juli 2021), faire Wahlen (Juli 2022) und Care Work (Juni 2023).

Mit Hilfe von Online-Tools ist es relativ einfach, 1.000 Unterschriften zu erreichen. So erreichte die Initiatorin der Mini-Public zum Klimawandel das Ziel allein mit der Hilfe zweier ihrer Freund:innen. Die meisten zivilgesellschaftlichen Initiativen haben ihr Ziel sogar um ein paar Hundert Unterschriften übertroffen.

²⁵Richtlinien der Vorarlberger Landesregierung zur Einberufung und Durchführung von Bürgerräten. <https://vorarlberg.at/documents/302033/472141/Richtlinie+B%C3%BCrgerrat.pdf/4d1dc47a-d15e-18ad-e65f-11baa9b8624e?t=1620229041400> [abgerufen am 31.10.2023]

3.2. Die Bürgerrät:innen

Wie wurden die Vertreter:innen ausgewählt?

Teilnahmeberechtigt sind alle Personen, die das 16. Lebensjahr vollendet und ihren Hauptwohnsitz in der jeweiligen Region haben. Die Kosten für Kinderbetreuung und Anreise werden von den Veranstalter:innen übernommen, die auch eine Teilnahmebestätigung für Arbeitgeber:innen ausstellen. Eine finanzielle Vergütung gibt es jedoch nicht.

Die Bürger:innen einer Stadt oder Region werden unter Berücksichtigung ihres Alters, ihres Geschlechts und ihres Wohnortes nach dem Zufallsprinzip aus dem Personenstandsregister ausgewählt. Andere soziodemografische Faktoren wie formale Bildung oder Migrationshintergrund werden nicht berücksichtigt, da diese Informationen nicht im Personenstandsregister enthalten sind. Für die Teilnahme ist keine österreichische Staatsbürgerschaft erforderlich – Regierungsvertreter:innen sind jedoch ausgeschlossen.

Das *Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung* verschickt die Einladungen an die ausgewählten Personen²⁶. Der offizielle Absender trägt dabei zum respektablen und vertrauenerweckenden Eindruck bei.

Gemäß den Richtlinien der Landesregierung zu Mini-Publics besteht ein landesweiter Bürger:innenrat in Vorarlberg aus 12 bis 16 Teilnehmenden. Je nach Thema schwankt die Rücklaufquote auf die Einladungen zwischen fünf und 15 Prozent. Landesweit verschickt das *Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung* rund 600 Einladungen, um 30 Teilnehmer:innen zu gewinnen. Die Organisator:innen stellten dabei fest, dass die Teilnahmebereitschaft zwischen verschiedenen Gruppen unterschiedlich ausgeprägt ist. Insgesamt sind junge Erwachsene unter 30 Jahren schwerer zu erreichen, als die ältere Bevölkerung. Darüber hinaus gibt es eine Geschlechterlücke: Während Männer, insbesondere ältere Männer, relativ leicht zu erreichen sind, nehmen Frauen seltener teil. Die am schwersten zu erreichende Gruppe sind Frauen unter 30 Jahren. Die Organisator:innen sind sich bewusst, dass eine kleine Gruppe von 12 bis 16 Bürger:innen nicht ausreicht, um statistische Repräsentativität zu gewährleisten, vielmehr geht es darum, Heterogenität innerhalb der Gruppe sicherzustellen.

Über alle Faktoren Alter, Geschlecht und Wohnort hinweg herrscht in den Mini-Publics tendenziell ein Mangel an Menschen mit niedrigem Bildungsniveau. In ihrer wissenschaftlichen Auswertung²⁷ einer der Mini-Publics schlugen Tamara Ehs und Katharina Toth vor, die Einladungsschreiben in leichter verständliche Sprache umzuformulieren und darüber hinaus eine kurze und einfache Erklärung der Mini-Publics selbst aufzunehmen. Obwohl das Werkzeug in Vorarlberg eine lange Geschichte hat, wissen nicht alle Bürger:innen von seiner Existenz. Dies deckt sich mit dem Bericht eines Teilnehmers

²⁶Ein Musterbrief kann online heruntergeladen werden: <https://www.buergerrat.net/fag/> [abgerufen am 31.10.2023]

²⁷Nur die Kurzfassung dieser Bewertung ist öffentlich zugänglich. Ehs, T./Toth, K. 2022. Schlussfolgerungen und Empfehlungen. https://vorarlberg.at/documents/302033/472141/Evaluation+B%C3%BCrgerrat+Klimazukunft_Empfehlungen.pdf/8adcf8cb-1118-abb1-34cf-aa1e36cee5e6?t=1647866834762 [abgerufen am 31.10.2023]

der Mini-Public: Nachdem er den Brief erhalten hatte, googelte er zunächst: *Was ist eine Mini-Public?*²⁸

3.3. Die Deliberation

Welche Diskussionspraktiken wurden etabliert? Wer legt die Tagesordnung fest? Welche Expert:innen wurden eingeladen und wer hat darüber entschieden? Wie wurden Diskussionen moderiert? Welche Methoden wurden verwendet? Wurde ein Konsens erzielt? Wenn nicht, wie wurden Minderheitenpositionen repräsentiert?

Bei Top-Down-Mini-Publics legt das *Büro für Ehrenamtliches Engagement und Beteiligung* im Einvernehmen mit der Landesregierung Vorarlberg die Tagesordnung fest. Die wichtigste Anforderung besteht darin, Fragestellungen auszuwählen, die im Rahmen der Landeskompentzen bearbeitet werden können, damit die Ergebnisse eine Chance auf Umsetzung haben. Insbesondere im Fall von Bottom-up-Mini-Publics, die durch 1.000 Unterschriften initiiert werden, kann die Festlegung der Tagesordnung schwieriger werden, da hierfür ein gutes Verständnis der österreichischen Verwaltungsstruktur und der Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Land erforderlich ist. Daher unterstützt das *Büro für Ehrenamtliches Engagement und Beteiligung* die Initiator:innen bei der Formulierung des konkreten Themas (idealerweise noch vor der Unterschriftensammlung) und organisiert Treffen mit Vertreter:innen aus Politik und Verwaltung.



Dynamic Facilitation ist ein strukturiertes Schritt-für-Schritt-Problemlösungsverfahren, bei dem die Moderator:innen Grafiken verwenden, um die Beiträge der Teilnehmer:innen auf strukturierte Weise zu erfassen. Normalerweise gibt es vier verschiedene Grafiken: (1) Probleme, (2) Optionen/Lösungen, (3) Bedenken und (4) Daten/Fakten.

Die Aufgabe der Moderator:innen besteht darin, den Kern jedes Beitrags zu hören, ihn an die Sprecher:innen zurückzuspiegeln, sich die Wiederholung bestätigen zu lassen und sie dann in die entsprechende Grafik einzutragen. In diesem Prozess sind Emotionen und unterschiedliche Ansichten willkommen.

Alle Mini-Publics in Vorarlberg werden nach der Methode der Dynamic Facilitation moderiert. Dynamic Facilitation²⁹ ist eine spezielle Form der Gruppenarbeit, die den Teilnehmer:innen hilft, sich kreativ mit unterschiedlichen Perspektiven auseinanderzusetzen. Die Methode wurde Anfang der 1980er Jahre von Jim Rough in Washington, USA, entwickelt. Damals organisierten die Arbeiter:innen eines Sägewerks, der Simpson Timber Company, einen Protest gegen die schlechten

²⁸Mehr Demokratie. 2020. Online-Seminar: Der Bügerrat in Vorarlberg – von Österreich lernen. Online: https://www.youtube.com/watch?v=kEmUn_1PP_Y [abgerufen am 31.10.2023]

²⁹Einen Überblick über die Methode auf Englisch finden Sie unter: Dynamic Facilitation Associates: Our History. https://dynamicfacilitation.com/about_us/About/history.html [abgerufen am 31.10.2023] Ausführliche Informationen zur Methode auf Deutsch finden Sie unter: Zubizarreta, R./Bonsen, M. 2014. Dynamic Facilitation. Die erfolgreiche Moderationsmethode für schwierige und verfahrenere Situationen. Weinheim Basel: Beltz Verlag.

Arbeitsbedingungen im Unternehmen. Als Reaktion darauf holte das Management Jim Rough hinzu. Geplant war eigentlich, den Arbeiter:innen ein besseres Gefühl zu vermitteln; man erwartete keine großen Veränderungen. In dieser Rolle entwickelte Rough *Dynamic Facilitation* als Methode, um die Unzufriedenheit der Arbeitnehmer:innen strategisch zu erfassen und zu protokollieren.

Ein zentrales Element der Moderationsmethode ist die Technik des „empathischen Zuhörens“. Das Ziel dieser Technik besteht darin, die Perspektive und Gefühle der Sprecher:innen auf nicht wertende Weise zu verstehen. Bedenken, Widerstände und starke Gefühle, die in Gruppenprozessen sonst oft als störend empfunden werden, werden als wertvoll für die Entwicklung von Vorschlägen und Verbesserungen angesehen.

Im Fall des Sägewerks sahen die Diagramme folgendermaßen aus³⁰:

Problem: Wir hassen den Vorarbeiter; er ist brutal.

Lösung: Der Vorarbeiter sollte entlassen werden.

Besorgnis: Ich kenne den Vorarbeiter privat; er ist eine nette Person.

Tatsache: Der Vorarbeiter ist brutal gegenüber den Mitarbeiter:innen, weil das Management ihn dazu drängt.

Lösung: Wir sollten den Vorarbeiter in die Gespräche einbeziehen.

Die Einbeziehung des Vorarbeiters in die Mitarbeiter:innengespräche war ein Durchbruch in diesem Prozess und veränderte nicht nur das Verständnis der Probleme im Sägewerk, sondern eröffnete auch einen neuen Denkprozess über mögliche Lösungen. Roughs' Intervention im Sägewerk war ein großer Erfolg; entgegen den Erwartungen der Unternehmensleitung kam es zu konstruktiven Vorschlägen der Arbeitnehmer:innen, die von der Unternehmensleitung tatsächlich umgesetzt wurden, was nicht nur zu verbesserten Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter:innen, sondern auch zu einer Produktivitätssteigerung um 30 Prozent führte.

Nach der erfolgreichen Implementierung von Dynamic Facilitation im Sägewerk entwickelte Jim Rough mithilfe der Methode die sogenannten *Wisdom Councils*, die erste Form von Mini-Publics, die in den USA abgehalten wurden. Dynamic Facilitation wird daher seit den Anfängen der Mini-Publics als Methode zur Schaffung von Konsent (Zustimmung) angesehen, wenn größere Gruppen mit umstrittenen und scheinbar unlösbaren Problemen konfrontiert werden. Es ist wichtig, den Unterschied zwischen Konsens und Konsent zu betonen: Konsens bedeutet, dass sich alle auf eine Lösung einigen; Konsent hingegen verfolgt ein etwas bescheideneres Ziel. Konsent bedeutet, dass niemand Einwände gegen die vorgeschlagene Lösung erhebt. Ziel von Dynamic Facilitation ist es in diesem Sinn, Lösungen zu finden, die von allen Beteiligten akzeptiert werden können.

Bei Mini-Publics in Vorarlberg besteht das Ziel darin, eine Einigung über (rund) 10 Ergebnisse zu erzielen. Sobald ein:e Teilnehmer:in gegen eines dieser Ergebnisse Einspruch erhebt, wird es entweder überarbeitet oder ganz fallen gelassen. Ein Nachteil dieses Ansatzes besteht allerdings darin, dass die

³⁰Ein kurzes und einfaches Erklärvideo zu diesem Prozess auf Englisch finden Sie unter: Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung. 2021. Dynamic Facilitation – A Short Introduction to the Process and its History <https://www.youtube.com/watch?v=7lradZ5ZMf4> [abgerufen am 31.10.2023]

Ergebnisse oft eher allgemein gehalten sind, da spezifischere Aussagen auch eher auf Widerstand stoßen.

Durch Dynamic Facilitation gelingt es unter anderem deshalb, eine Einigung zu erzielen, weil die Teilnehmer:innen nicht miteinander diskutieren. Sie kommunizieren mit den Moderator:innen statt mit anderen Mitgliedern der Gruppe. Wie ein Teilnehmer³¹ berichtete, kann dies den deliberativen Prozess manchmal frustrierend machen. Der Prozess erfordert von den Teilnehmer:innen enorme Geduld, denn selbst wenn jemand eine Aussage macht, die der eigenen Sichtweise völlig widerspricht, kann man nicht direkt auf die Aussage reagieren. Dennoch stellte derselbe Teilnehmer auch fest, dass diese Regeln zu einer umfassenderen Deliberation führten. Manchen Menschen fiel es leichter, ihre Meinung zu äußern, weil sie nicht unmittelbar zur Diskussion stand. Auf diese Weise wurde eine Konfrontation zwischen den Teilnehmer:innen vermieden, was wichtig ist, damit am Ende eine Einigung erzielt werden kann.

3.4. Expert:innen

Welche Rolle(n) spielten Expert:innen und Expert:innenwissen für die Mini-Public?

Üblicherweise stellen Mini-Publics in Vorarlberg kaum Fachwissen vor oder während der Beratung zur Verfügung. Stattdessen wird Expert:innenwissen zu einem späteren Zeitpunkt im Prozess im Rahmen der Responder-Gruppe und teilweise auch während des World Cafés umgesetzt (Näheres dazu unter 3.5). Das Gleiche gilt für Vertreter:innen aus Politik und Verwaltung: Sie sind zwar eng in den Prozess rund um die Mini-Publics eingebunden, bei der Beratung selbst jedoch nicht anwesend.

Bei einigen Mini-Publics enthielt das Einladungsschreiben auch ein Faktenblatt, wie etwa bei der Mini-Public zur Zukunft der Landwirtschaft³². Ein Teilnehmer dieser Mini-Public berichtete später, dass der Brief eine abschreckende Wirkung auf ihn gehabt habe, weil das Faktenblatt sehr detailliert wirkte.³³

Bei der Mini-Public zur Zukunft der Landwirtschaft spielte Expert:innenwissen eine besondere Rolle: Da die Vertreter:innen zufällig ausgewählt wurden, konnte eine Teilnahme von Landwirt:innen an der Mini-Public nicht garantiert werden – doch schien es nachvollziehbarerweise nicht sinnvoll, über die Zukunft der Landwirtschaft zu sprechen, ohne die Landwirt:innen in das Gespräch einzubeziehen. Daher wählten die Organisator:innen nach dem gleichen Verfahren wie für die Mitglieder der Mini-Public auch Landwirt:innen in Vorarlberg nach dem Zufallsprinzip aus. Die 32 ausgewählten Landwirt:innen gründeten kleine Expert:innenräte, die aufgeteilt auf drei Workshops vor der eigentlichen Mini-Public in verschiedenen Regionen Vorarlbergs stattfanden. Die Expert:innenräte wurden wie die Mini-Public mit der Methode der Dynamic Facilitation moderiert. Obwohl die Ergebnisse des Expert:innenrats zunächst nicht mit den Vertreter:innen der Mini-Public geteilt wurden, waren die aufgeworfenen Fragen in beiden Formaten sehr ähnlich. Beim World Café wurden beide Formate und die Ergebnisse gemeinsam unter Einbeziehung der jeweiligen Teilnehmenden diskutiert.

³¹Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung

³²Landwirtschaft in Vorarlberg 2019. <https://www.buergerrat.net/wp-content/uploads/2020/10/Infoblatt-Daten-und-Fakten-Landwirtschaft.pdf> [abgerufen am 31.10.2023]

³³Mehr Demokratie. 2020. Online-Seminar: Der Bürgerrat in Vorarlberg – von Österreich lernen https://www.youtube.com/watch?v=kEmUn_1PP_Y [abgerufen am 31.10.2023]

Die Bottom-up-Mini-Public zum Klimawandel im Jahr 2021 wurde wissenschaftlichen durch Tamara Ehs und Katharina Toth begleitet und evaluiert.³⁴ Eine ihrer Empfehlungen bestand darin, Expert:innenwissen auf verschiedene Weise bereitzustellen: Erstens vor der Beratung in verschiedenen Formen, z. B. durch Podcasts oder Videos und nicht nur in Form textbasierter Informationen, was für Menschen mit niedrigem formalen Bildungsniveau entmutigend sein kann. Zweitens könnte die Beratung mit kurzen Inputs von Expert:innen zum Thema eingeleitet werden. Durch die Anwesenheit von Sachverständigen bei der eigentlichen Beratung hätten die Vertreter:innen die Möglichkeit, Fragen zu stellen, die sich im Laufe des Prozesses ergeben.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist noch unklar, ob die Einführung von mehr Expert:innenwissen die Hemmschwelle für Menschen mit niedrigem Bildungsniveau senken würde (da es als Entlastung erlebt wird Faktenfragen an Expert:innen stellen zu können) oder ob es die Schwelle eher erhöhen würde (da es das Thema vorab noch komplizierter erscheinen lassen kann). In jedem Fall würde die Einbeziehung von Expert:innen den Beratungsprozess verlängern, es birgt auch stets die Gefahr, dass die Teilnehmer:innen den Prozess der Lösungsfindung auf die Expert:innen verlagern, was der Idee der Mini-Publics zuwiderläuft.

3.5. Politische Einbettung

Wie war die Mini-Public in das politische System eingebettet? Wie wurde die „Schnittstelle“ zur repräsentativen Demokratie gestaltet? Wie hat sich die Beziehung während der Dauer der Mini-Public entwickelt?

Die Mini-Publics sind in Vorarlberg gut in das politische System eingebettet. Wie oben erwähnt, hat die Vorarlberger Landesregierung im Jahr 2013 offizielle Richtlinien formuliert³⁵, die den Prozess regeln. Dazu gehören nicht nur die Planung und Durchführung der Beratung, sondern auch die Aufbereitung der Ergebnisse. Das World Café und die (obligatorische) Feedbackschleife der Entscheidungsträger:innen werden im Dokument festgelegt und finden daher nach jeder Beratung statt.

Die Ergebnisse der Mini-Publics werden im sogenannten World Café präsentiert. Dieses Format ist öffentlich und wird von Vertreter:innen aus Politik und Verwaltung besucht. Die Veranstaltung, oder manchmal mehrere Veranstaltungen an verschiedenen Orten, ist nicht nur eine Präsentation der Ergebnisse, sondern auch als öffentliches Forum zur Diskussion der Ergebnisse und zur Kommunikation von Bedenken konzipiert. Für alle Teilnehmer:innen ist die Anreise innerhalb Vorarlbergs kostenfrei. Vertreter:innen der Mini-Publics berichten positiv über das World Café: Diese Veranstaltungen seien nicht nur groß angelegt (z.B. 240 Teilnehmer:innen für die Mini-Public zur Zukunft der Landwirtschaft), sondern würden auch von Entscheidungsträger:innen besucht, was ihnen

³⁴Nur die Kurzfassung dieser Bewertung ist öffentlich verfügbar. Ehs, T./Toth, K. 2022. Schlussfolgerungen und Empfehlungen.

https://vorarlberg.at/documents/302033/472141/Evaluation+B%C3%BCrgerrat+Klimazukunft_Empfehlungen.pdf/8adcf8cb-1118-abb1-34cf-aa1e36cee5e6?t=1647866834762 [abgerufen am 31.10.2023]

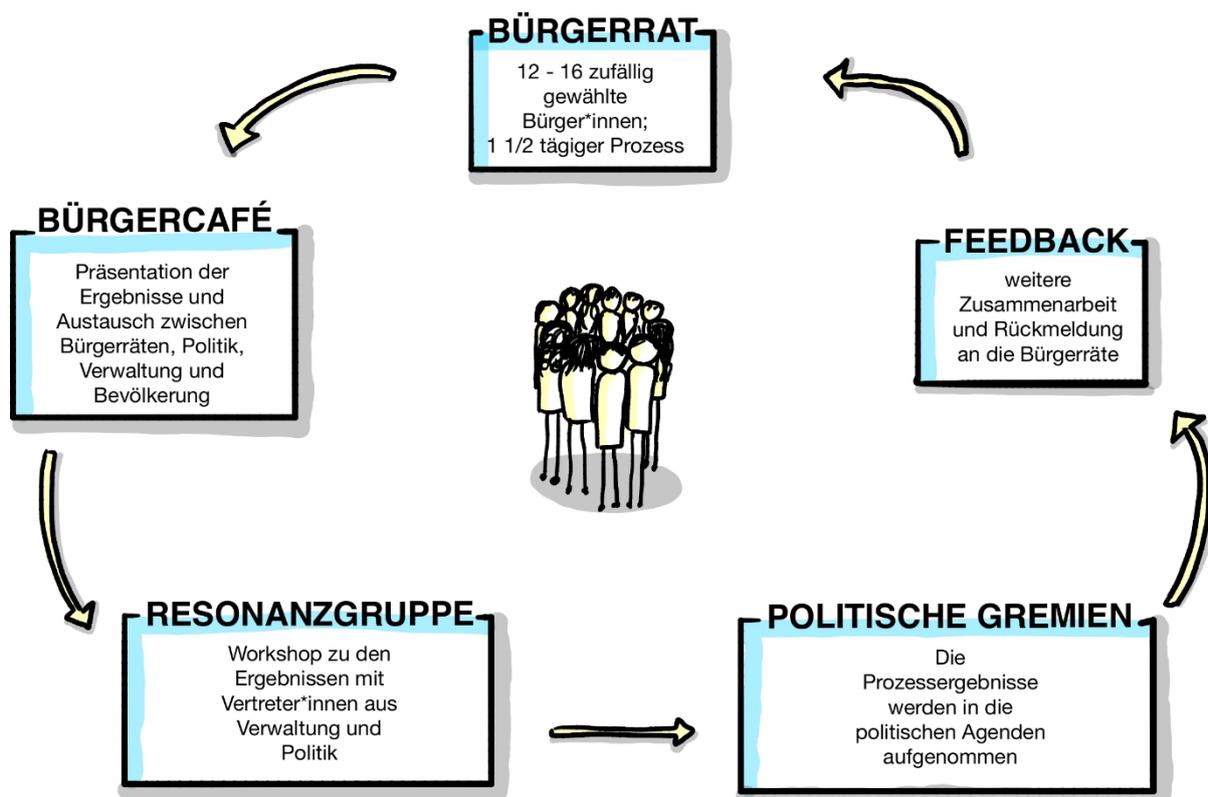
³⁵Vorarlberger Landesregierung. 2023. Richtlinien der Vorarlberger Landesregierung zur Einberufung und Durchführung von Bürgerräten.

<https://vorarlberg.at/documents/302033/472141/Richtlinie+B%C3%BCrgerrat.pdf/4d1dc47a-d15e-18ad-e65f-11baa9b8624e?t=1620229041400> [abgerufen am 31.10.2023]

das Gefühl gebe, gehört und ernst genommen zu werden. Dies wiederum aktiviert auch eine breitere Öffentlichkeit.

Im nächsten Schritt diskutieren Vertreter:innen aus Politik und Verwaltung die Ergebnisse in einer geschlossenen Werkstatt namens Resonanzgruppe. Entscheidungsträger:innen beurteilen, ob und auf welche Weise die konkreten Empfehlungen der Mini-Public umgesetzt werden können. Im Fall der Mini-Public zum Thema Flüchtlinge bestand die Resonanzgruppe aus einem:r Vertreter:in der Mini-Public, der Wirtschaftskammer, der für die Unterstützung von Geflüchteten zuständigen Caritas und des Vereins okay zusammenleben, mehrer Verwaltungsabteilungen und des Büros des Landeshauptmanns, des Gemeindeverbands und des katholischen Bildungswerks.

Anschließend stellen die Stakeholder:innen und/oder Vertreter:innen der Landesregierung bzw. Verwaltung die Ergebnisse der Resonanzgruppe den politischen Gremien vor, die für die daraus abgeleitete Vorgehensweise verantwortlich sind. Anschließend müssen die politischen Gremien den Teilnehmer:innen der Mini-Public eine schriftliche Stellungnahme vorlegen, in der sie über das weitere Vorgehen Rechenschaft ablegen und darlegen, in welcher Weise die Vorschläge der Mini-Public umgesetzt wurden bzw. warum nicht. In den meisten Fällen erfolgt dieses Feedback in zwei Schritten: erstens etwa ein bis zwei Monate nach der Beratung und zweitens etwa sechs bis zwölf Monate später. Dabei müssen Entscheidungsträger:innen nicht nur auf die Ergebnisse reagieren, sondern ihr Handeln auch entsprechend begründen.



Grafik: Moritz Kempf³⁶

³⁶Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung. 2020. Citizen Council Vorarlberg Model. Grafikdesign von Moritz Kempf. <https://www.buergerrat.net/methodik-des-buergerrates/> [abgerufen am 31.10.2023]

Die starke Einbettung in das politische System Vorarlbergs führte zu einer Verfeinerung des Tools. Mini-Publics werden in einem transparenten Schritt-für-Schritt-Prozess organisiert; die Teilnehmer:innen wissen von Anfang an, was auf sie zukommt und werden nach der Beratung in die weiteren Schritte einbezogen. Darüber hinaus wurde in Vorarlberg durch die Professionalisierung von Mini-Publics die Möglichkeit eingeführt, diese in einem Bottom-up Prozess durch das Sammeln von Unterschriften zu initiieren.

3.6. Umsetzung der Ergebnisse

Wurden Empfehlungen/Ergebnisse der Mini-Public von der Politik umgesetzt? Wenn ja, welche und auf welche Weise? Wurden die Ergebnisse von politischen Entscheidungsträger:innen in anderer Form genutzt (z. B. zur Legitimierung bestehender Positionen)?

Die Vorarlberger Landesregierung unterstützt Mini-Publics und hat im Laufe der Jahre in mehreren Stellungnahmen zugesagt, die Ergebnisse ernstzunehmen. Teilweise wurden die Vorschläge sogar im Regierungsprogramm verankert. Häufiger wurden Empfehlungen in Form von Regierungsinitiativen umgesetzt. Ein Vorschlag der Mini-Public zur Zukunft der Landwirtschaft bestand beispielsweise darin, mehr regionale Produkte in öffentlichen Kantinen wie Schulen, Krankenhäusern und Sozialzentren anzubieten. Die Landesregierung reagierte auf diesen Vorschlag mit der Umsetzung der Initiative *Vorarlberg am Teller*, die Kantinen mit vorwiegend regionalen Produkten auszeichnet und so zu einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen den Kantinen und lokalen Produzenten führt. Darüber hinaus hat die Regierung einen „Kälberbonus“ eingeführt, der einen finanziellen Anreiz darstellt, Kälber länger auf dem Bauernhof zu belassen. In einem anderen Fall wurde im Anschluss an die Mini-Public *Umgang mit Grund und Boden* eine Novelle des Raumplanungsgesetzes umgesetzt. Die Änderung war eine Reaktion auf die Kritik an der mangelnden Transparenz rund um die sogenannten Landesgrünzonen Rheintal und Walgau. Die Regierung hat neue und transparente Regeln für die Umwidmung von Flächen innerhalb dieser Zonen eingeführt.

Obwohl einige Änderungen umgesetzt wurden, muss auch erwähnt werden, dass die Reaktion auf viele Vorschläge der Mini-Public lautet, dass die rechtlichen Kompetenzen der Landesebene ausgeschöpft wären.



Hinweis: Einen Überblick über die wichtigen Rollen, die die deliberative Demokratie neben der Erarbeitung von Empfehlungen für die Politikgestaltung spielen kann, finden Sie in Teil 3 des MANTA-Webinars auf [der MANTA-Website](#).

3.7. Medien und Öffentlichkeit

Wie reagierten die Medien/der öffentliche Diskurs? Hat sich die mediale Berichterstattung im Laufe der Mini-Public verändert? Wie kommunizierte die Mini-Public mit der breiten Öffentlichkeit (z. B. durch Nutzung sozialer Medien)? Gab es Auswirkungen auf den öffentlichen Diskurs?

Die offiziellen Richtlinien zu Mini-Publics in Vorarlberg³⁷ besagen, dass *das Büro für ehrenamtliches Engagement und Beteiligung* den Ablauf jeder Mini-Public zu dokumentieren und die Dokumentation auf der Website des Landes Vorarlberg öffentlich zugänglich zu machen hat.³⁸ Jede Mini-Public ist in verschiedenen Formen gut dokumentiert. Den auf der Website des Landes Vorarlberg veröffentlichten Artikeln zu jeder Mini-Public liegt eine PDF-Datei mit einer recht ausführlichen Dokumentation der Beratungen bei.

Darüber hinaus veröffentlichten die Veranstalter:innen Pressemitteilungen. Je nach Thema und ggf. Zeitpunkt war die Resonanz der Medien unterschiedlich groß, die Berichterstattung zeichnete die Mini-Publics jedoch durchweg positiv.

Der YouTube-Kanal des *Büros für Ehrenamtliches Engagement und Partizipation* bietet vielfältige nützliche und spannende Informationen, von kurzen Informationsvideos bis hin zu langen, ausführlichen Dokumentationen der jeweiligen Prozesse. In den letzten Jahren haben die Veranstalter:innen verstärkt auch andere Formen sozialer Medien genutzt, nämlich Facebook und Instagram.

Das *Büro für ehrenamtliches Engagement und Beteiligung* ist außerdem Träger der Plattform „Vorarlberg mitdenken“, die vielfältigen Zwecken dient. In erster Linie dient sie der Dokumentation deliberativer Prozesse kann jedoch auch selbst als Instrument zur Beteiligung genutzt werden, da sie es ermöglicht, öffentlich Stellungnahmen zu bestimmten Themen abzugeben. Allerdings wurde letztere Funktion bisher kaum genutzt.

3.8. Perspektiven

Mini-Public – die Zukunft der Demokratie? Gibt es Pläne, Mini-Publics weiter zu institutionalisieren? Hatte die Mini-Public Auswirkungen auf die Demokratie? Welche Lehren lassen sich für zukünftige Projekte ziehen?

Mini-Publics sind in Vorarlberg ein etabliertes Instrument und sollen auch in Zukunft veranstaltet werden. Vorarlberg ist ein Beispiel dafür, wie deliberativ-demokratische Instrumente auf Landesebene eingesetzt werden können. Auf dieser Ebene führten Mini-Publics in Vorarlberg zu einer Reihe von Initiativen und kleinen Veränderungen, wenn auch durch die Kompetenzen der Landesregierung begrenzt. Die diskutierten Fragen beziehen sich dementsprechend eher auf eine bessere Regulierung und Verwaltung auf lokaler Ebene als auf eine wertorientierte Politik. Andere Bundesländer in Österreich (Salzburg und Oberösterreich) folgten bereits dem Vorbild und führten ähnliche Mini-Publics durch. Auch auf internationaler Ebene zeigt sich Interesse am Fall Vorarlberg. Es gibt Seminare³⁹ zur Umsetzung und Etablierung des Tools und das *Büro für Ehrenamtliches Engagement und Beteiligung* stellt zahlreiche Erklär- und Informationsvideos in deutscher und englischer Sprache

³⁷Vorarlberger Landesregierung. 2023. Richtlinien der Vorarlberger Landesregierung zur Einberufung und Durchführung von Bürgerräten.

<https://vorarlberg.at/documents/302033/472141/Richtlinie+B%C3%BCrgerrat.pdf/4d1dc47a-d15e-18ad-e65f-11baa9b8624e?t=1620229041400> [abgerufen am 31.10.2023]

³⁸Bürgerräte in Vorarlberg. Demokratie lebt von Beteiligung. <https://vorarlberg.at/-/buergerraete-in-vorarlberg> [abgerufen am 31.10.2023]

³⁹Mehr Demokratie. 2020. Online-Seminar: Der Bürgerrat in Vorarlberg – von Österreich lernen. https://www.youtube.com/watch?v=kEmUn_1PP_Y [abgerufen am 31.10.2023]

zur Verfügung. Schließlich entwickelte sich das zweitkleinste Bundesland Österreichs zu einem international anerkannten Good-Practice-Beispiel für Bürgerbeteiligung.⁴⁰ Der Fall zeigt, dass es möglich ist, im österreichischen politischen System Mini-Publics zu etablieren, sofern Entscheidungsträger:innen bereit sind, die Initiative zu unterstützen.

Die Tatsache, dass die Vorarlberger Landesregierung eine verpflichtende Rückkopplungsschleife zwischen den Mini-Publics und den Entscheidungsträger:innen eingeführt hat, führte zu einem besseren Verhältnis und zu mehr Vertrauen zwischen der Zivilgesellschaft und den Behörden.⁴¹ Es gab eine Reihe (kleiner) Änderungen und Initiativen, die die Wirksamkeit des Tools unterstreichen. Da der Prozess auf Zustimmung basiert und Konflikte vermeidet, sind die Ergebnisse der Mini-Public tendenziell vage und allgemein; daher stammen möglicherweise nicht die revolutionärsten und provokantesten Ideen aus diesem Modell. Stattdessen führt es zu umsetzbaren Vorschlägen, bei denen die Bürger:innen Kompromisse eingehen können.

⁴⁰ebd.

⁴¹Vorarlberger Landesregierung. 2023. Richtlinien der Vorarlberger Landesregierung zur Einberufung und Durchführung von Bürgerräten.

<https://vorarlberg.at/documents/302033/472141/Richtlinie+B%C3%BCrgerrat.pdf/4d1dc47a-d15e-18ad-e65f-11baa9b8624e?t=1620229041400> [abgerufen am 31.10.2023]

4. Fallstudie 2: Mini-Public zur Zukunft der Demokratie

Die Mini-Public zur Zukunft der Demokratie war die erste bundesweite Mini-Public in Österreich. Am 18. und 19. September 2021 diskutierten zehn Menschen eineinhalb Tage lang bei einem deliberativen Event in Salzburg über folgende Frage: *Wie könnte oder sollte ein demokratisches System aussehen, um für alle, auch für zukünftige Generationen, lebenswert und gerecht zu sein?* Eines der Hauptziele bestand darin zu zeigen, dass bundesweite Mini-Publics machbar sind, um damit den Prozess der Etablierung des Tools in diesem größeren Maßstab einzuleiten. Ein weiteres Spezifikum der Mini-Public zur Zukunft der Demokratie liegt darin, dass es sich um einen Bottom-up-Prozess handelte.

Die wesentlichen Ressourcen zu dieser Fallstudie finden sich auf der entsprechenden Website zukunftsrat.at und auf dem YouTube-Kanal des Mitveranstalters [Respekt.net](https://www.youtube.com/@respektnet)⁴². Letztere umfasst vollständige Aufzeichnungen von zwei Veranstaltungen⁴³, bei denen der Prozess und die Ergebnisse der Mini-Public ausführlich vorgestellt wurden. Zusätzlich wurde am 21. Juni 2023 in Wien ein Interview mit einem der Veranstalter:innen geführt.

4.1. Die Initiative



Mini-Publics können in einem **Bottom-up- oder einem Top-down-Prozess** initiiert und durchgeführt werden.

Top-down bedeutet, dass etablierte politische Strukturen (z. B. Verwaltungsbehörden) die Veranstaltung planen und organisieren, wie es beim österreichischen Klimarat der Fall war (Fallstudie 3).

Bei einem Bottom-up-Prozess erfolgt die Planung und Organisation unabhängig von den traditionellen politischen Strukturen, wie es bei der Mini-Public zur Zukunft der Demokratie (Fallstudie 2) der Fall war.

Manche Mini-Publics werden in einer Kombination aus Bottom-up und Top-down Prozessen organisiert, wie in Vorarlberg (Fallstudie 1): Hier kann die Initiierung durch einen Bottom-up-Prozess erfolgen, während die Umsetzung top-down durch eine eigens damit beauftragte Stelle erledigt wird.

Wie, von wem und mit welchem Ziel wurde die Mini-Public in Auftrag gegeben?

Die Mini-Public zur Zukunft der Demokratie wurde von drei zivilgesellschaftlichen Organisationen initiiert: *Respekt.net*⁴⁴, *IG Demokratie*⁴⁵ und *mehr demokratie! Österreich*⁴⁶. Bei allen handelt es sich

⁴² <https://www.youtube.com/@respektnet> [abgerufen am 31.10.2023]

⁴³ Verein Respekt.net. 2022. Zukunftsrat Demokratie: Präsentation der Ergebnisse, 17.2.2022. <https://www.youtube.com/watch?v=bqAQRDhmW6c> [abgerufen am 31.10.2023] und Verein Respekt.net. 2021. Präsentation der Ergebnisse des Zukunftsrats Demokratie am 14.10.2021. Hybride Veranstaltung. <https://www.youtube.com/watch?v=w1N25r6d7-4> [abgerufen am 31.10.2023]

⁴⁴ <https://www.respekt.net/crowdfunding-fuer-eine-bessere-gesellschaft/> [abgerufen am 31.10.2023]

um parteiunabhängige Initiativen. Die Erwartung der Veranstalter:innen bestand vor allem darin zu zeigen, dass eine bundesweite Bottom-up-Mini-Public möglich ist, und den Weg für ähnliche Initiativen in der Zukunft zu ebnet.

Obwohl der Bottom-up-Prozess diese Mini-Public bemerkenswert macht, brachte er auch Herausforderungen mit sich, insbesondere die Finanzierung der Initiative betreffend. Haupteinnahmequelle war eine Crowdfunding-Initiative, durch die es den Organisator:innen gelang, knapp 40.000 Euro zu sammeln. Zusätzlich wurden der Mini-Public 10.000 Euro vom *Zukunftsfonds der Republik Österreich* zur Verfügung gestellt und das *Land Salzburg* übernahm die Unterbringungskosten in Höhe von rund 3.000 Euro. Mit einem Gesamtbudget von etwas über 50.000 Euro hatte die Mini-Public mit der Finanzierung zu kämpfen, was den gesamten Prozess behinderte. Auch wenn dies auf den ersten Blick viel erscheint, schrumpft der Betrag schnell zusammen, wenn die Kosten für Reise, Unterkunft und Verpflegung der Expert:innen (z. B. Moderator:innen, wissenschaftliche Begleitung) sowie den Zeitaufwand für Vorbereitung und Organisation berücksichtigt werden. Eine weitere Herausforderung war Covid-19, das kurz nach Beginn des Planungsprozesses auftrat und zusätzliche Unsicherheit für das Projekt mit sich brachte.

4.2. Die Bürgerrät:innen

Wie wurden die Vertreter:innen ausgewählt?

Die Vertreter:innen wurden per Zufallsauswahl aus dem Adressregister der österreichischen Post ausgewählt. Insgesamt wurden 895 Personen schriftlich eingeladen. Die Auswahl der Vertreter:innen orientierte sich an drei soziodemografischen Faktoren: Bundesland, Alter und Geschlecht. Auf diese Weise wurden 14 Vertreter:innen ausgewählt.

Im nächsten Schritt besuchten die Organisator:innen Personen, die der Einladung nicht gefolgt waren, an ihren jeweiligen Wohnorten. Die Idee hinter diesem persönlichen Einsatz bestand darin, Vertreter:innen von Minderheiten zu rekrutieren, die schwerer zu erreichen sind, z. B. Menschen aus Migrant:innengemeinschaften oder Menschen mit Behinderungen. Durch diesen zeitaufwändigen Schritt gelang es den Organisator:innen, eine Frau mittleren Alters mit lateinamerikanischem Hintergrund zu rekrutieren. Als Mutter eines kleinen Kindes entschied sie sich für die Teilnahme, nachdem sie ihre Tochter mitbringen durfte. In der Hoffnung, junge Auszubildende zu erreichen, nahmen die Veranstalter:innen außerdem Kontakt zu Jugendorganisationen auf – allerdings ohne Erfolg. Am Ende bestätigten insgesamt 15 Personen ihre Teilnahme an der Mini-Public.

Der Bottom-up-Ansatz löste bei manchen Empfänger:innen Skepsis aus; da keine Verbindung zu einer politischen Partei bestand, vermuteten manche andere versteckte Hintergedanken, wie Teilnehmende später berichteten.

Am 18. und 19. September 2021 nahmen zehn dieser 15 Personen tatsächlich teil; drei mussten aufgrund von Covid-19 absagen, eine Person aus persönlichen Gründen, und eine weitere Person erschien nicht. Aufgrund einer Kombination aus Pandemie und Budgetbeschränkungen war die Anzahl der Teilnehmer:innen kleiner als von den Organisator:innen erhofft; ursprünglich hatten die Organisator:innen eine Gruppe von 20 Vertreter:innen geplant.

⁴⁵ <https://ig-demokratie.at/> [abgerufen am 31.10.2023]

⁴⁶ <https://mehr-demokratie.at/> [abgerufen am 31.10.2023]

Die Gruppe bestand aus fünf Frauen und fünf Männern im Alter von über 19 Jahren aus den Bundesländern Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Niederösterreich und Wien. Obwohl die Geschlechterparität (im binären Sinne) erreicht wurde, gelang es den Organisator:innen weder Menschen aus den anderen vier österreichischen Bundesländern noch die ältere Bevölkerung (Alter 70+) zu erreichen. Bettina Reiter, eine der Organisator:innen, erklärte in einem Interview, dass Menschen mit geringer formaler Bildung und niedrigem Einkommen besonders schwer zu erreichen seien und in der Mini-Public fehlten.

4.3. Die Deliberation

Welche Diskussionspraktiken wurden etabliert? Wer legt die Tagesordnung fest? Welche Expert:innen wurden eingeladen und wer hat darüber entschieden? Wie wurden Diskussionen moderiert? Welche Methoden wurden verwendet? Wurde ein Konsens erzielt? Wenn nicht, wie wurden Minderheitenpositionen repräsentiert?

Die Tagesordnung wurde von den organisierenden Initiativen festgelegt; alle drei widmen sich unterschiedlichen Formen politischer Partizipation. Sie entschieden sich dafür, eine offene Agenda festzulegen, um den Teilnehmenden die Möglichkeit zu geben, der Mini-Public ihre eigenen Probleme, Ideen und Lösungen vorzustellen. Diese Strategie stand zwar im Einklang mit dem Bottom-up-Ansatz des gesamten Prozesses, bedeutete aber auch, dass die Mini-Public zur *Zukunft der Demokratie* weniger zielgerichtet war als die meisten anderen Initiativen. Die Teilnehmenden brachten verschiedene breite Themen auf den Tisch, darunter Klimawandel, Gesundheitsfürsorge, Pflegearbeit, politische Bildung, Medien und andere, alles Themen, die zu umfangreich und zu komplex waren, als dass man sie in eineinhalb Tagen gemeinsam debattieren hätte können. Im Nachhinein gaben die Teilnehmenden selbst an, dass die Zeit nicht ausreichte, sich wirklich intensiv mit den verschiedenen Themen zu befassen.

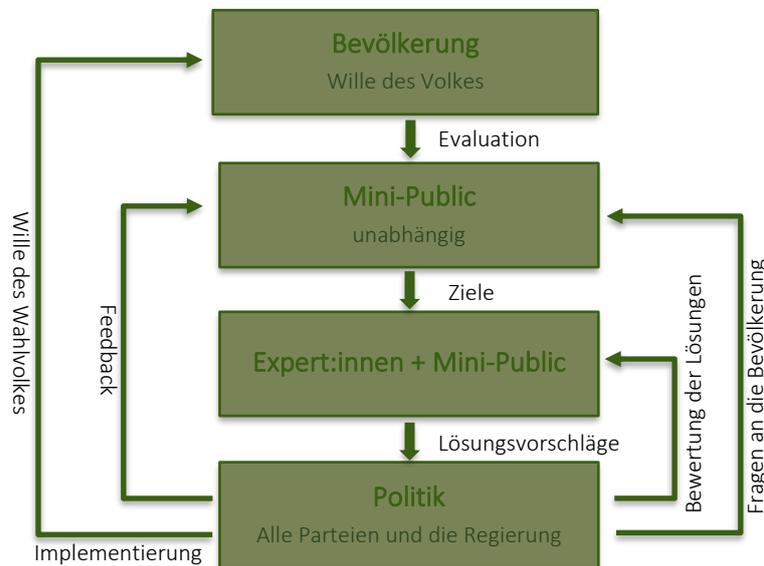
Die Moderation der Beratung erfolgte nach dem bereits für Mini-Publics, z. B. in Vorarlberg, etablierten Verfahren der Dynamic Facilitation. Zusätzlich wurde der Prozess durch eine grafische Dokumentation begleitet: Während des Prozesses zeichnete eine Person die wesentlichen Themen und Lösungen auf einem Flipchart als Protokoll in Bildern auf. Zudem wurde die Beratung beobachtet und schriftlich festgehalten, was später von Tamara Ehs ausgewertet wurde⁴⁷.

Eines der Hauptprobleme, die während des Prozesses auftraten, war die ungleiche Verteilung der Redezeit zwischen Männern und Frauen. Dies spiegelt sich auch in den Berichten der Teilnehmenden am Ende des Prozesses wider: Die fünf Männer erlebten die Mini-Public positiver als die fünf Frauen. Leider sind die Moderator:innen nicht ausreichend auf dieses Thema eingegangen.

Ein Konsens der Teilnehmer:innen – und Hauptergebnis der Mini-Public zur *Zukunft der Demokratie* – war, dass sie sich alle mehr politische Beteiligung wünschten. Zwei der Teilnehmenden entwickelten sogar ein konkretes Modell, mit dem Mini-Publics an das politische System in Österreich herangeführt werden könnten. In diesem Modell besteht die Rolle der Mini-Publics darin, die Ziele und den politischen Willen der Zivilgesellschaft zum Ausdruck zu bringen. Gleichzeitig werden Lösungen und

⁴⁷ Ehs, T. 2021. Evaluation Zukunftsrat Demokratie. Kurzfassung online: <https://zukunftsrat.at/wp-content/uploads/2022/02/Kurzfassung-Evaluation-Zukunftsrat.pdf> [abgerufen am 23.6.2023] Die Vollversion der Evaluation ist nicht öffentlich verfügbar.

konkrete Vorschläge als nächster Schritt in einer Zusammenarbeit zwischen Mini-Public und Expert:innen erarbeitet. Die Rolle der Politiker:innen bestünde darin, den Mini-Publics Feedback zu geben und – bei Bedarf – weitere Fragen zu stellen. Sollten die Vorschläge der Mini-Public und der Expert:innen für die Politiker:innen nicht tragbar sein, müssten sie ihre Ablehnung begründen, und Bürger:innen und Expert:innen eine weitere Chance zu geben, tragfähige Lösungen zu finden.



Grafik: eigene Illustration basierend auf Verein Respekt.net⁴⁸

4.4. Expert:innen

Welche Rolle(n) spielten Expert:innen und Expert:innenwissen für die Mini-Public?

Es wurde kein Expert:innenwissen eingebracht. Ein Grund dafür war die offene und bewusst vage Agenda.

4.5. Politische Einbettung

Wie war die Mini-Public in das politische System eingebettet? Wie wurde die „Schnittstelle“ zur repräsentativen Demokratie gestaltet? Wie hat sich die Beziehung während der Dauer der Mini-Public entwickelt?

Eine Schwäche der Mini-Public für die *Zukunft der Demokratie* liegt darin, dass sie überhaupt nicht in das politische System eingebettet war. Die Veranstalter:innen bemühten sich um die Einbindung von Politiker:innen aller Parteien: Es wurden Vertreter:innen aller Parteien angesprochen, alle Abgeordneten per E-Mail kontaktiert und zu der Veranstaltung eingeladen, bei der die Ergebnisse vorgestellt und diskutiert wurden. Leider reagierten die meisten politischen Vertreter:innen nicht einmal auf die Einladungen; andere zeigten Interesse, entschuldigten sich aber.

⁴⁸Verein Respekt.net. 2021. Präsentation der Ergebnisse des Zukunftsrats Demokratie. <https://www.youtube.com/watch?v=w1N25r6d7-4> [abgerufen am 02.11.2023]

4.6. Umsetzung der Ergebnisse

Wurden Empfehlungen/Ergebnisse der Mini-Public von der Politik umgesetzt? Wenn ja, welche und auf welche Weise? Wurden die Ergebnisse von politischen Entscheidungsträger:innen in anderer Form genutzt (z. B. zur Legitimierung bestehender Positionen)?

Die Ergebnisse der Mini-Public zur *Zukunft der Demokratie* wurden von den politischen Entscheidungsträger:innen nicht umgesetzt. Die Gründe dafür sind vielfältig; ein wesentlicher Faktor war sicherlich die fehlende Verbindung zum politischen System. Das einzige Ergebnis, dem alle Teilnehmer:innen zustimmen konnten, war der Wunsch nach mehr politischer Beteiligung – der letztendlich zu allgemein ist, um konkrete politische Veränderungen anzuregen.



Hinweis: Einen Überblick über die wichtigen Rollen, die die deliberative Demokratie neben der Erarbeitung von Empfehlungen für die Politikgestaltung spielen kann, finden Sie in Teil 3 des MANTA-Webinars auf [der MANTA-Website](#).

4.7. Medien und Öffentlichkeit

Wie reagierten die Medien/der öffentliche Diskurs? Hat sich die mediale Berichterstattung im Laufe der Mini-Public verändert? Wie kommunizierte die Mini-Public mit der breiten Öffentlichkeit (z. B. durch Nutzung sozialer Medien)? Gab es Auswirkungen auf den öffentlichen Diskurs?

Die Medien schenken der Mini-Public zur *Zukunft der Demokratie* nur wenig Aufmerksamkeit, was für die Organisator:innen eine Enttäuschung war. Ihr Ziel war es zu zeigen, dass eine bundesweite, von unten nach oben gerichtete Mini-Public machbar ist – diese Botschaft jedoch an die breite Öffentlichkeit zu transportieren, erwies sich als schwierig. Der relevanteste Medienbericht war ein einstündiger Beitrag des ORF Radiosenders Ö1. Darin wurden die Organisator:innen und Teilnehmende der Mini-Public interviewt und der Ablauf erläutert. Die bemerkenswerteste Berichterstattung in Printmedien stammt von der Tageszeitung *Der Standard*, doch wurde dieser zweiseitige Beitrag nur veröffentlicht, weil ihn eine Privatperson finanzierte.

Um ein breiteres Publikum zu erreichen, nutzten die Veranstalter:innen soziale Medien, insbesondere YouTube. Ende Februar 2021, vor der Beratung, veröffentlichten sie ein einminütiges Video, indem sie alle in Österreich lebenden Menschen aufforderten, ihre Meinung zu folgenden Fragen abzugeben: Was ist Demokratie? Was soll sich in Österreich ändern? Leider erregte das Video nicht viel Aufmerksamkeit; bis heute gab es 330 Zugriffe.

Auf YouTube veröffentlichten sie zudem längere Videos (ca. eine Stunde), die die Präsentation der Ergebnisse dokumentierten. Ein Video wurde während der Präsentation am 19. September 2021 auf der Hybridveranstaltung produziert (140 Aufrufe). Ein weiteres ist die Aufzeichnung einer Zoom-Veranstaltung⁴⁹, bei der die Ergebnisse ein weiteres Mal präsentiert wurden (41 Aufrufe).

⁴⁹Verein Respekt.net. 2022. Zukunftsrat Demokratie: Präsentation der Ergebnisse, 17.02.2022. <https://www.youtube.com/watch?v=bqAQRDhmW6c> [abgerufen am 31.10.2023]

4.8. Perspektiven

Mini-Public – die Zukunft der Demokratie? Gibt es Pläne, Mini-Publics weiter zu institutionalisieren? Hatte die Mini-Public einen Einfluss auf (die Meinungen zur) deliberativen Demokratie? Welche Lehren lassen sich für zukünftige Projekte ziehen?

Im Anschluss an die erste bundesweite Mini-Public zur *Zukunft der Demokratie* initiierten einige Veranstalter:innen im Oktober 2022 eine weitere Bottom-up-Mini-Public zum Verkehrssystem in den Bundesländern Wien, Niederösterreich und Burgenland. Dabei gelang es, einige der Probleme zu beheben, die bei der Mini-Public zur *Zukunft der Demokratie* aufkamen. Es gelang, fast 30 Teilnehmende (statt 10) zu erreichen, der Prozess begann mit einer spezifischeren Frage, Expert:innenwissen wurde eingesetzt, Kinderbetreuung bereitgestellt und der Zeitrahmen von einem auf zwei Wochenenden erweitert. Obwohl diese Mini-Public zu konkreteren Empfehlungen führte, zeigten Politiker:innen und Entscheidungsträger:innen wenig bis gar kein Interesse daran, sich in den Prozess einzubringen, die Ergebnisse ernst zu nehmen und entsprechende Veränderungen umzusetzen.⁵⁰

Nachdem Bettina Reiter in Österreich zwei Bottom-up-Mini-Publics organisiert hat⁵¹, äußert sie Zweifel an der politischen Tragfähigkeit des Instruments selbst. Ihrer Meinung nach ist es auf Bundesebene kaum möglich, Bottom-up-Mini-Publics im österreichischen politischen System zu verankern. Ohne formelle Einbettung im politischen System ist es unwahrscheinlich, dass Politiker:innen und Entscheidungsträger:innen Ergebnisse der Mini-Publics so ernst nehmen, dass sie Einfluss auf ihre Entscheidungen nehmen oder Initiativen dieser Art überhaupt Beachtung schenken. Sie sieht in Top-down-Mini-Publics die Gefahr, dass Politiker:innen nur Ergebnisse beachten, die als Rechtfertigung und Legitimation für ihre politischen Absichten dienen können, wodurch der Prozess eher zu einem rhetorischen Mittel als zu einem demokratischen Instrument der Beteiligung wird. Sie schlägt daher vor, den Prozess auf den Kopf zu stellen: Anstatt dass Bürger:innen als Teilnehmer:innen von Mini-Public Lösungen erarbeiten und Politiker:innen diese Ergebnisse danach bewerten, sollten Mini-Publics als Instrument der Zivilgesellschaft zur Bewertung von Lösungen eingesetzt werden, die von Politiker:innen vorgeschlagen werden.

⁵⁰Interview mit Bettina Reiter am 21. Juni 2023, Wien.

⁵¹Interview mit Bettina Reiter am 21. Juni 2023, Wien.

5. Fallstudie 3: Österreichischer Klimarat der Bürgerinnen und Bürger

Unsere dritte Fallstudie war der Österreichische Klimarat, der an sechs Wochenenden von Jänner bis Juni 2022 stattfand. Er wurde durch eine Parlamentsabstimmung im März 2021 ins Leben gerufen und war ein Ergebnis des *Klimavolksbegehren*, das unter anderem die Gründung eines Bürger:innenrates zum Klimaschutz gefordert hatte. Die folgenden Beschreibungen des Klimarates basieren überwiegend auf Literaturrecherchen, wobei der Abschlussbericht des Bürger:innenrates und die beiden wissenschaftlichen Evaluationsberichte die wichtigsten Quellen darstellen.⁵² Für konkrete Informationen zum Auswahlverfahren wurde der Bericht der für die Rekrutierung zuständigen Statistik Austria herangezogen.⁵³ Um die Reflexionen der Mitglieder ein Jahr nach Abschluss zu erfassen, wurden weitere Informationen durch drei Interviews mit Mitglieder des von ehemaligen Klimarat-Mitgliedern gegründeten unabhängigen Vereins („Verein des österreichischen Klimarats der Bürger:innen“⁵⁴) eingeholt, die freundlicherweise ihre Erfahrungen teilten. Der Verein verfolgt die Ergebnisse des Klimarates weiter, überwacht deren Umsetzung und stärkt das Bewusstsein für Klimathemen durch Aufklärung und Lobbyarbeit (IP 1, 2, 3).



Hinweis: Weitere Informationen sowie Unterrichtsmaterialien zum Österreichischen Klimarat finden Sie auf der [MANTA-Projektseite](#), siehe insbesondere Station 3 des Impulsmaterials auf [der MANTA-Website](#).

5.1. Die Initiative

Wie, von wem und mit welchem Ziel wurde die Mini-Public in Auftrag gegeben?

Am 26. März 2021 stimmte das österreichische Parlament über einen Beschluss zur Einrichtung eines *Klimarats der Bürgerinnen und Bürger* ab und erfüllte damit eine Forderung des Klimavolksbegehrens, das im Juni 2020 von 380.590 Bürger:innen unterzeichnet worden war.⁵⁵ Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Regierungskoalition (ÖVP und Grüne) und einer der Oppositionsparteien (NEOS) angenommen, während sowohl die Sozialdemokratische Partei (SPÖ) als auch die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen – dagegen waren.

⁵²ARGE Klimarat/Küblböck, K. 2022. Klimarat der Bürgerinnen und Bürger: Gemeinsam fürs Klima, <https://klimarat.org/wp-content/uploads/Klimarat-Endbericht-WEB.pdf> [abgerufen am 18.09.2022], Buzogány, A. et al. 2022. Evaluation Report of the Austrian Climate Citizens' Assembly: Assessment of Input, Process, and Output. <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/83184> [abgerufen am 30.05.2023] and Praprotnik, K. et al. 2022. Evaluation Report of the Austrian 'Klimarat'. Assessment of the Perspectives of the Members and the Public. https://www.donau-uni.ac.at/dam/jcr:f8f52750-1594-485e-9f4f-89efc0ad2d32/SACCA_final%20report_UWKpart.pdf [abgerufen am 30.05.2023]. Um Fußnoten auf ein Minimum zu beschränken, beziehen wir uns im Folgenden nur auf wörtliche Zitate aus diesen Publikationen.

⁵³Rieger, R. 2022. Auswahlverfahren für den Klimarat der Bürgerinnen und Bürger 2021/22. Methodische Dokumentation und Ergebnisse. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/300/methodenbericht_auswahlverfahren_klimarat.pdf [abgerufen am 29.03.2023]

⁵⁴<http://klimarat-verein.at> [07.06.2023]

⁵⁵<https://klimavolksbegehren.at> [abgerufen am 06.06.2023]

Als Ziel des Bürger:innenrats wurde die „Diskussion über, und Ausarbeitung von, konkreten Vorschlägen für die zur Zielerreichung notwendigen Klimaschutzmaßnahmen auf dem Weg zur Klimaneutralität 2040.“ definiert.⁵⁶ Als Diskussionsgrundlage wurden Vorschläge des Klimavolksbegehrens sowie bereits im Regierungskoalitionsvertrag enthaltene Maßnahmen und Ziele definiert. Im Evaluation Report heißt es: „Dieser Ansatz führte dazu, dass 1) dem österreichischen Klimarat ein relativ schwaches Mandat erteilt wurde und 2) das Klimarat-Projekt nur teilweise politisch unterstützt wurde.“⁵⁷ Diese kritische Einschätzung wurde von einem unserer Interviewpartner:innen bestätigt, der argumentierte, dass für zukünftige Projekte klare und verbindliche Regeln für Institutionen, die Mini-Publics in Auftrag geben, sowie für diejenigen, an die sich die daraus resultierenden Empfehlungen richten, wichtig seien (IP 1).

5.2. Die Bürgerrät:innen

Wie wurden die Vertreter:innen ausgewählt?

Der Beschluss des österreichischen Parlaments zur Beauftragung des Österreichischen Klimarats legte die Zusammensetzung der Versammlung fest: Sie sollte aus mindestens 100 Mitgliedern bestehen, die seit mindestens fünf Jahren in Österreich wohnhaft, mindestens 16 Jahre alt und repräsentativ für die Bevölkerung in puncto Geschlecht, Alter, Bildung, Einkommen und Wohnort sind.⁵⁸

Statistik Austria wurde mit der Rekrutierung von 100 Mitgliedern und 20 Ersatzmitgliedern beauftragt, was in einem zweistufigen Verfahren durchgeführt wurde. Zunächst wurden 1.003 per geschichteter Zufallsauswahl nach vorgegebenen Kriterien ausgewählte Personen per Brief kontaktiert. Nachdem die Ergebnisse dieser ersten Runde zeigten, welche Gruppen hinsichtlich der Bereitschaft zur tatsächlichen Teilnahme am Klimarat über- oder unterrepräsentiert waren, wurden weitere 1.000 Briefe verschickt. Auch hier wurden die Adressat:innen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt, doch dieses Mal wurden die Wahrscheinlichkeiten angepasst, um die im Parlamentsbeschluss definierte Repräsentativität zu erreichen.⁵⁹

Die Briefe enthielten Informationen zum Klimarat im Allgemeinen, den geplanten Terminen, der Vergütung, die 100 Euro pro Teilnehmer und Wochenende betragen würde (neben der Übernahme der Kosten für Anreise, Unterkunft und Verpflegung) und der Möglichkeit einer Kinderbetreuung vor Ort sowie einen Link zu einer Online-Umfrage und Informationen zur Möglichkeit, die Umfrage telefonisch durchzuführen. In der Umfrage fragte Statistik Austria die Befragten nicht nur, ob sie generell zur Teilnahme am Klimarat bereit seien, sondern auch, ob sie dazu im Rahmen der „aktuellen Covid-Regelungen“ bereit seien. Darüber hinaus wurden sie zu ihrem sozioökonomischen Hintergrund und ihren politischen Ansichten zu Klimathemen befragt.

Letztendlich konnten 98 Teilnehmer:innen vor Beginn der ersten Sitzung rekrutiert werden, die für November 2021 geplant war, aufgrund der Covid-Situation jedoch auf Jänner 2022 verschoben werden musste. Ein weiteres Hindernis war die Verschärfung der Covid-Bestimmungen, die dazu führte, dass nur noch Personen teilnehmen durften, die geimpft oder genesen waren.⁶⁰ Zu Beginn des

⁵⁶ https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/UEA/503/imfname_936660.pdf [abgerufen am 06.06.2023]

⁵⁷ Buzogány, A. et al. 2022. Evaluation Report, 14

⁵⁸ https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/UEA/503/imfname_936660.pdf

⁵⁹ Für detaillierte Informationen siehe Rieger, R. 2022. Auswahlverfahren

⁶⁰ Die sogenannte 2G-Regelung war zu diesem Zeitpunkt in Kraft.

ersten Wochenendes waren 82 der 98 Mitglieder anwesend, bis zum Ende des Klimarats im Juni 2022 sank die Gesamtzahl auf 84 Mitglieder. Im Durchschnitt waren an allen sechs Beratungswochenenden 76 Personen anwesend.

Doch wie gut repräsentierten die Teilnehmer:innen tatsächlich die österreichische Bevölkerung? Alle unsere Interviewpartner:innen (IP 1, 2 und 3) teilten einen positiven Eindruck des Klimarats als eines echten „Mini-Österreichs“, das aus Menschen jeden Alters, mit unterschiedlichen sozioökonomischen und Bildungshintergründen und aus allen Gesellschaftsschichten bestehe. Ein Gesprächspartner betonte insbesondere die Tatsache, dass es den Moderator:innen gelungen sei, über Unterschiede hinweg zu arbeiten und beispielsweise die Inklusion von Menschen mit Behinderungen, einschließlich kognitiver Beeinträchtigungen, zu erleichtern (IP 1). Eine weitere Person erinnerte sich lebhaft an die kontroversen Diskussionen, insbesondere zu Beginn des Prozesses, bei denen die unterschiedlichen Hintergründe und Bedürfnisse der Mitglieder deutlich wurden – beispielsweise die unterschiedliche Situation bei der Mobilität zwischen dicht besiedelten Gebieten mit guter öffentlicher Verkehrsanbindung und ländlichen Gebieten (IP 2). Der Evaluation Report zeichnet ein etwas gemischteres Bild: Einige Kriterien – insbesondere Geschlecht,⁶¹ Bildung und Einkommen – wurden gut erfüllt, während es in anderen Bereichen zu Schwierigkeiten kam.

Erstens gab es Fragen rund um Alter und Wohnort: Die willkürlich festgelegte Altersgrenze von 16 bis 84 Jahren führte dazu, dass sowohl ältere als auch jüngere Menschen ausgeschlossen waren, und die Altersverteilung zeigte, dass die Altersgruppen 16–29 sowie 45–59 Jahre überrepräsentiert waren. Bezogen auf den Wohnort waren ländliche Regionen gegenüber suburbanen und städtischen Gebieten überrepräsentiert.

Interessanterweise stellte die Evaluierung schwerwiegendere Probleme im Zusammenhang mit Themen fest, die *nicht* für die Auswahl herangezogen wurden. Während das Kriterium „mindestens fünf Jahre in Österreich lebend“ Migrant:innen unabhängig von ihrer Nationalität erfasst hätte, waren in Österreich geborene Personen letztlich deutlich überrepräsentiert, während insbesondere außerhalb der EU geborene Personen stark unterrepräsentiert waren. Die Evaluierung ergab, dass es in dieser Hinsicht hilfreich gewesen wäre, den Einladungen Übersetzungen in einigen der gängigsten Sprachen neben Deutsch sowie eine Version in leichter Sprache beizufügen.

Letzteres hätte auch ein drittes Problem mildern können: Behinderung war ebenfalls kein Auswahlkriterium und Inklusion scheint während des gesamten Prozesses nicht die nötige Aufmerksamkeit erhalten zu haben. Auf der Website des Klimarats gab es eine Informationsseite, auf der es bis zum Ende des Prozesses hieß, dass die Barrierefreiheit „überprüft“ werde und die an die breite Öffentlichkeit adressierte Online-Plattform, war nicht nur sehr kompliziert und für einige Benutzer:innen überfordernd, sondern stellte auch keine Untertitel für Videos, Webinare oder Vorträge bereit, die über YouTube zur Verfügung gestellt wurden (abgesehen von der fehleranfälligen automatischen Funktion, die YouTube selbst anbietet). Im Evaluation Report heißt es: „Auch die Mitglieder selbst diskutierten über die Repräsentativität und Inklusivität des österreichischen Klimarates. [...] Schwächen des Prozesses, wie mangelnde Diversität, wurden angesprochen und mit

⁶¹In der Auswertung zu den Ansichten der Teilnehmenden wird eine queere Person (neben vier Männern und drei Frauen) erwähnt, die für den Auswertungsbericht interviewt wurde (Praprotnik, K. et al. 2022. Evaluation Report, 10). In den anderen Berichten, die auf den Daten der Statistik Austria basieren, werden lediglich Männer und Frauen erwähnt.

der befürchteten mangelnden politischen und gesellschaftlichen Wirkung des österreichischen Klimarates in Verbindung gebracht.“⁶²

Die vielleicht entscheidendsten Schwierigkeiten ergaben sich aus der Bevorzugung bestimmter politischer Standpunkte. Die im Jänner 2022 geltenden Covid-Vorschriften führten dazu, dass Personen, die sich weigerten, sich impfen zu lassen (von denen viele eher dazu neigten, der Wissenschaft zu misstrauen), von der Teilnahme am Klimarat ausgeschlossen waren. Darüber hinaus waren sowohl der Wortlaut der Einladung als auch die Umfrage so ausgerichtet, dass v.a. Personen angesprochen wurden, die von dem vom Menschen verursachten Klimawandel überzeugt, darüber besorgt und bereit waren, etwas dagegen zu unternehmen. Die allererste Zeile des Einladungsschreibens lautete: „Was müssen wir heute tun, um morgen in einer klimafreundlichen Zukunft zu leben?“⁶³ Die Meinungen der Teilnehmer:innen zum Klimawandel wurden von der Statistik Austria erhoben, jedoch nicht für die Auswahl herangezogen. Die im Rahmen der Evaluierung gesammelten Daten zeigten, jedoch dass sich die Mitglieder des Klimarats deutlich stärker für Politik interessierten als der Bevölkerungsdurchschnitt (94 % gegenüber 82 %), sich mehr Sorgen über den Klimawandel machten (96 % gegenüber 76 %) und überwiegend ein großes Vertrauen in die Wissenschaft (75 % gegenüber 35 %) hatten. Daher heißt es in der Auswertung: „Wir können den Schluss ziehen, dass die Mitglieder des österreichischen Klimarats hinsichtlich der Merkmale des politischen Interesses, der politischen Partizipation und der Einstellungen zum Klimawandel nicht vollständig repräsentativ für die österreichische Bevölkerung waren.“⁶⁴

5.3. Die Deliberation

Welche Diskussionspraktiken wurden etabliert? Wer legt die Tagesordnung fest? Welche Expert:innen wurden eingeladen und wer hat darüber entschieden? Wie wurden Diskussionen moderiert? Welche Methoden wurden verwendet? Wurde ein Konsens erzielt? Wenn nicht, wie wurden Minderheitenpositionen repräsentiert?

Wie oben dargelegt, gab das Parlament bei der Gründung des Klimarats den Rahmen klar vor: Ziel des Forums war es, Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele des Landes (z. B. Klimaneutralität bis 2040) zu diskutieren und vorzuschlagen. Die Evaluator:innen kamen zu dem Schluss: „Es war nicht Aufgabe der Bürger:innen, die österreichische Klimapolitik allgemein zu diskutieren.“⁶⁵

Ebenso wenig legten die Bürger:innen die Agenda des Klimarates fest oder wählten die Expert:innen aus, die Informationen für den Prozess bereitstellten. Die Agenda gliederte die komplexen Themen in fünf vordefinierte Handlungsfelder (Energie, Produktion/Konsum, Ernährung/Landwirtschaft, Mobilität und Wohnen), die in jeweils zwei Arbeitsgruppen diskutiert wurden.⁶⁶ Darüber hinaus wurden soziale Gerechtigkeit, Bildung, Gesundheit und globale Verantwortung als Querschnittsthemen definiert. Laut Evaluation führte diese vordefinierte Struktur zu einem Mangel an bereichsübergreifenden Empfehlungen, die möglicherweise radikalere und tiefere Änderungen anstelle der im

⁶²Buzogány, A. et al. 2022. Evaluation Report, 28

⁶³Anhang zu Rieger, R. 2022. Auswahlverfahren.

https://www.statistik.at/fileadmin/pages/300/Anhang_Methodenbericht_Auswahlverfahren_Klimarat_Neu.pdf [abgerufen am 07.06.2023]

⁶⁴Buzogány, A. et al. 2022. Evaluation Report, 29; see also Praprotnik et al. 2022. Evaluation Report, 18

⁶⁵ Buzogány, A. et al. 2022. Evaluation Report, 17

⁶⁶ARGE Klimarat . 2022. Klimarat der Bürgerinnen und Bürger, 25ff

Abschlussbericht des Klimarats vorgeschlagenen schrittweisen Vorgehensweise erforderlich gemacht hätten. Sie kam zu dem Schluss, dass „systemisches Denken auf Seiten der Teilnehmer:innen nicht gefördert wurde“.⁶⁷ Die Strukturierung des Prozesses könnte erklären, warum eine beträchtliche Minderheit von 16 % der Teilnehmer:innen der Aussage „Ich fühlte mich unter Druck gesetzt, das Thema Klimawandel aus einer bestimmten Perspektive zu betrachten“ (voll und ganz oder eher) zustimmte.⁶⁸ Unsere Interviewpartner:innen hatten im Unterschied dazu kein Problem damit, mit einer vorgegebenen Struktur konfrontiert zu werden, sondern begrüßten diese vielmehr als Ausgangspunkt und Einstieg in die Überlegungen zu diesem komplexen Thema (IP 1).⁶⁹

Organisiert und moderiert wurde der Bürger:innenrat von einem zwölfköpfigen Team aus drei verschiedenen Organisationen, die sich in der „ARGE Klimarat“ zusammengeschlossen hatten. Darüber hinaus arbeiteten 17 Moderator:innen und elf Moderationsassistent:innen an den sechs Beratungswochenenden mit den Teilnehmer:innen zusammen. Am ersten Wochenende einigten sich die Mitglieder des Klimarats auf zwei Leitdokumente. Die „Vereinbarung für's Miteinander“ definierte Leitlinien für die Zusammenarbeit der Mitglieder und das „Wirkungsmanifest“ definierte vier übergeordnete Ziele. In diesem Manifest einigten sich die Teilnehmer:innen darauf, 1.) umsetzbare, wirksame und sozial gerechte Empfehlungen anzustreben; 2.) Aufmerksamkeit zu erzeugen; 3.) einen Wandel in der öffentlichen Meinung zu fördern und 4.) die Bereitschaft für schnelle und wirksame Klimamaßnahmen in der Politik zu erhöhen.⁷⁰ Unsere Interviewpartner:innen bestätigten, dass alle Teilnehmer:innen die Leitlinien zur Beratung während des gesamten Prozesses ernstnahmen (IP 1).

Während des Klimarats wurde in den oben genannten thematischen Arbeitsgruppen, in Plenarsitzungen und zusätzlich in kleinen Gruppen zu spezifischen Themen und Aufgaben gearbeitet. Die Hauptarbeit zur Erarbeitung von Empfehlungen wurde in den thematischen Arbeitsgruppen geleistet. Die Moderator:innen arbeiteten zwischen den Wochenenden an der genauen Formulierung, aber – wie uns eine unserer Interviewpartner:innen versicherte (IP 3) – ohne jemals in irgendeiner Weise in den Inhalt einzugreifen. Die Kommunikation zwischen den Gruppen wurde über den sogenannten „Marktplatz“ erleichtert, der jedes Wochenende stattfand, und bei dem jede Gruppe aktuelle Entwicklungen vorstellte, und alle Teilnehmer:innen eingeladen waren, Kommentare abzugeben und ihre Ideen einzubringen.

Insgesamt zeichnet der Evaluation Report ein positives Bild der Arbeit der Moderator:innen, von denen viele über große Erfahrung in Moderationstechniken wie „Art of Hosting“⁷¹ und „Dynamic Facilitation“⁷² verfügten. Die Moderator:innen gingen auf die Bedürfnisse der Teilnehmer:innen ein, sorgten für ein respektvolles Arbeitsumfeld und wählten eine angemessene Sprache. Unsere Interviews spiegelten diese positive Stimmung wider, wobei ein Befragter angab, dass – obwohl er

⁶⁷ Buzogány, A. et al. 2022. Evaluation Reprt, 40

⁶⁸ Praprotnik, K. et al. 2022. Evaluation Report, 15

⁶⁹ Interessanterweise erinnerten sich unsere Interviewpartner:innen etwas unterschiedlich an den Prozess der Gruppenbildung. Während zwei von ihnen (IP 1, 3) sich daran erinnerten, dass thematische Gruppen nach den Interessen der Mitglieder und einem Prozess der Selbstauswahl gebildet wurden, erinnerte sich unsere dritte befragte Person (IP 2) daran, dass die Zuteilung der Personen in gewisser Weise nach ihrem individuellen Hintergrund und Fachwissen erfolgte. Das garantierte Diversität innerhalb der Gruppen. Allerdings konnte sich keine:r von ihnen an Schwierigkeiten oder Unzufriedenheit mit der Bildung der Arbeitsgruppen unter den Teilnehmer:innen erinnern.

⁷⁰ ARGE Klimarat. 2022. Klimarat der Bürgerinnen und Bürger, 31

⁷¹ Siehe z.B. <https://artofhosting.org/> [abgerufen am 20.06.2023]

⁷² Siehe z. B. <https://dynamicfacilitation.org/dynamic-facilitation/?lang=en> [abgerufen am 20.06.2023]

über umfangreiche Erfahrung in Workshops, Schulungen und Erwachsenenbildungssettings unterschiedlicher Art verfügte – der Klimarat die beste Erfahrung in Bezug auf Moderation war (IP 1, ähnliche Eindrücke von IP 2 und 3).⁷³ Der Bericht der Evaluator:innen kommt zu dem Schluss, dass „einige Debatten in den Arbeitsgruppen von männlichen und älteren Teilnehmern dominiert wurden, was insbesondere für junge Moderatorinnen eine Herausforderung darstellte.“ Im Allgemeinen gingen die Moderator:innen mit solchen Situationen sanft, aber bestimmt um.⁷⁴ Die Tatsache, dass zwei gewählte Mitglieder des Klimarats nach dem ersten Wochenende gleichberechtigt in das Managementteam aufgenommen wurden,⁷⁵ zeugte von der Qualität des Moderationsprozesses. Unsere Interviewpartner:innen betonten auch das Gemeinschaftsgefühl, das durch die gemeinsame Arbeit der Teilnehmer:innen des Klimarats entstand. Die Diskussionen zwischen Teilnehmer:innen, die z. B. nach Alter und unterschiedlichem Hintergrund unterschiedlich waren, verliefen frei und offen, und im Laufe der Zeit prägte die geteilte Verantwortung für das gemeinsame Projekt die Art und Weise, wie die Debatten geführt wurden (IP 1, 2, 3). Es gab jedoch auch einige kritischere Stimmen innerhalb des Feedbackprozesses, so kritisierte ein Mitglied etwa, dass Wissenschaftler:innen und Menschen, die ihre Arbeit häufig präsentieren, eloquenter wären und ihnen daher häufiger zugehört wurde als anderen.⁷⁶

Am sechsten und letzten Wochenende verabschiedete der Klimarat schließlich seine Empfehlungen, wobei diese einzeln und nach dem Prinzip des Konsent behandelt wurden. Im Einklang mit den Prinzipien der deliberativen Demokratie war die Debatte das wichtigste Instrument zur Konsentfindung: Konnte eine bestimmte Empfehlung keinen (beinahe) Konsens erzielen, machten sich die Gruppen wieder an die Arbeit, um eine Lösung zu finden. Um jedoch einen praktikablen Prozess anzubieten, der keinen vollständigen Konsens zu erfordern, könnten Empfehlungen letztendlich angenommen werden, wenn nicht mehr als neun schwerwiegende Einwände vorgebracht würden. Solche Einwände einer kleinen Minderheit der Teilnehmer:innen mussten gut begründet und im Abschlussbericht des Klimarats dokumentiert werden. Während die Evaluator:innen diese Entscheidungsmethode an sich positiv und als gut an die Bedürfnisse des Klimarats angepasst bewerteten, bemerkten sie kritisch, dass über die Vorgehensweise ausschließlich von Moderator:innen ohne Beteiligung der Mitglieder entschieden worden war. Auch hier waren die ehemaligen Mitglieder, weniger kritisch: Sie begrüßten es, dass ihnen eine pragmatische und gut funktionierende Lösung präsentiert wurde (IP 1, IP 3).

Am Ende wurden alle 93 Empfehlungen angenommen, wobei gegen sieben davon 14 Einwände erhoben wurden.⁷⁷ Von diesen 14 Einsprüchen betrafen nicht weniger als 10 das Handlungsfeld „Mobilität“, das im Klimarat und in der Öffentlichkeit generell die meisten Debatten auslöste. Ein heiß diskutiertes Thema war die Frage der Absenkung der Tempolimits auf Autobahnen von 130 km/h auf 100 km/h. Da die Arbeitsgruppe keine Einigung erzielen konnte, wurde diese Empfehlung dahingehend geändert, dass strengere Limits auf anderen Straßen gefordert wurden, und die umstrittene Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen (IP 1, 2) weggelassen wurde. Diese

⁷³Nahezu identische Formulierungen wie unsere Interviewpartner finden sich im Evaluation Report (Praprotnik, K. et al. 2022. Evaluation Report, 15).

⁷⁴Buzogány, A. et al. 2022. Evaluation Report, 42

⁷⁵Buzogány, A. et al. 2022. Evaluation Report, 34

⁷⁶Praprotnik, K. et al. 2022. Evaluation Report, 13

⁷⁷Die vollständige Liste der Empfehlungen finden Sie im Abschlussbericht. Sie beginnen mit Grundsätzen für politisches Handeln und sechs allgemeinen Empfehlungen, bevor sie sich der Masse der Maßnahmen zu den fünf Handlungsfeldern zuwenden. ARGE Klimarat. 2022. Klimarat der Bürgerinnen und Bürger, 57ff

Änderungen führten wiederum zu einigen im Abschlussbericht dokumentierten Einwänden gegen diese Empfehlung mit der Forderung nach strengeren Maßnahmen.

Der Evaluation Report kommt zu dem Schluss, dass im Vergleich zur aktuellen österreichischen Klimapolitik, die im Koalitionsvertrag zwischen der ÖVP und Grünen im Jahr 2020 festgelegt wurde, etwa die Hälfte der vom Klimarat empfohlenen Maßnahmen neu waren. Darin heißt es außerdem: „Wenn die Klimarats-Empfehlungen nicht neu sind, sondern auf bestehenden oder geplanten Richtlinien aufbauen, sind über ein Drittel dieser Empfehlungen hinsichtlich des politischen Inhalts anspruchsvoller.“⁷⁸

5.4. Expert:innen

Welche Rolle(n) spielten Expert:innen und Expert:innenwissen für die Mini-Public?

Der gesamte Beratungsprozess wurde von einem multidisziplinären wissenschaftlichen Beirat mit 15 Mitgliedern begleitet. Auch hier äußern sich die Evaluator:innen positiv zur Zusammensetzung des Beirats, kritisieren jedoch, dass Mitglieder des Klimarats nicht in die Auswahl der Expert:innen bzw. der vertretenen Disziplinen einbezogen wurden.

In Zusammenarbeit mit Wissenschaftskommunikator:innen erstellten die Expert:innen Informationspakete bestehend aus Text- und Videostatements zu jedem der fünf Handlungsfelder. Die ersten drei Wochenenden des Klimarates waren hauptsächlich den Beiträgen von Expert:innen zu ihren jeweiligen Fachgebieten gewidmet. Sie lieferten auch Informationen zu möglichen Richtungen für politische Maßnahmen, z. B. angebots- und nachfrageseitige Maßnahmen, Push-Faktoren und Anreize oder technologischen Innovationen, achteten jedoch darauf, keine spezifischen Instrumente vorzuschlagen, um der Positions- und Meinungsbildung des Klimarats nicht vorzugreifen. Im Abschlussbericht werden die Informationen der Expert:innen zu den wesentlichen Ansatzpunkten für wirksame Maßnahmen in jedem der fünf Handlungsfelder als Einführung zu den Empfehlungen des Klimarats im jeweiligen Feld dargestellt.

Das Evaluierungsteam stellte fest, dass sich der Input der Expert:innen nach dem ersten Wochenende erheblich veränderte. „Zu Beginn des Klimarates waren die wissenschaftlichen Vorlesungen anspruchsvoll für das Lai:innenpublikum und ähnelten eher universitären Vorlesungen. [...] Nach dem ersten Wochenende investierten Moderator:innen und Wissenschaftler:innen erfolgreich viel Zeit und Mühe, um den wissenschaftlichen Input für die Zielgruppe zugänglicher und verständlicher zu machen.“⁷⁹ Sie stellten außerdem fest, dass die Vorträge zwar wichtige Informationen vermittelten, der informelle Austausch zwischen Wissenschaftler:innen und Klimarats-Mitgliedern schlussendlich jedoch die größte Wirkung hatte. Dies spiegelte sich in einem unserer Interviews wider, in dem lange Diskussionsabende zwischen Klimarät:innen und Expert:innen beschrieben wurden (IP 2). Unsere Interviewpartner:innen schätzten die Arbeit der Expert:innen sehr und betonten insbesondere, dass sie auch zwischen den Wochenenden für Fragen zur Verfügung standen (IP 1). Auch die Bedeutung der von den Expert:innen präsentierten Informationen für die eigene Lernerfahrung schätzten sie sehr hoch ein und betonten, dass sich ihr Wissen über den Klimawandel und insbesondere über die Dringlichkeit des Problems deutlich vergrößert habe (IP 3). Ein kritischer Punkt, der in der Evaluierung

⁷⁸Buzogány, A. et al. 2022. Evaluation Report, 49

⁷⁹Buzogány, A. et al. 2022. Evaluation Report, 37

angesprochen wurde, war die mangelnde Einbeziehung von Sozial- und insbesondere Politikwissenschaftler:innen, die den Mitgliedern fundierte Kenntnisse über die Funktionsweise des politischen Systems, die Politikgestaltung und Prinzipien der Deliberation hätten vermitteln können.

Eine weitere Aufgabe des wissenschaftlichen Beirats bestand darin, am fünften Wochenende über Nacht die vorläufigen Empfehlungen der Klimarät:innen zu bewerten und Rückmeldung dazu zu geben, ob sie diese Empfehlungen für umsetzbar, wirksam und umfassend hielten. Der Klimarat zeigte damit, wie wichtig ein intensiver Dialog zwischen Wissenschaft und Bürger:innen für die Entwicklung fundierter Empfehlungen zu komplexen Fragestellungen ist. Im Abschlussbericht reflektierten die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats ihre Arbeit. Sie schrieben, dass einige Bürger:innen sie am dritten Wochenende aufgefordert hätten, „ihnen zu sagen, was sie tun sollen“ – eine Rolle, die die Wissenschaftler:innen nicht übernehmen wollten. An den darauffolgenden Wochenenden änderte sich die Situation: Die Bürger:innen agierten deutlich selbstbewusster, was wiederum die Wissenschaftler:innen nervös machte: „Würden sie sich auf eine wirkungsstarke Liste von Empfehlungen einigen? Würden sie erkennen, dass manche Maßnahmen attraktiver erscheinen, als sie sind? Würden sie die europäische und globale Perspektive einbeziehen?“⁸⁰ Letztlich konnte sich der wissenschaftliche Beirat nicht nur mit der Liste der Empfehlungen der Bürger:innen einverstanden erklären, sondern äußerte sich sogar positiv zu dem Verfahren, das sie als „als Modell erlebt[en], das zur Entscheidungsfindung bei weiteren wichtigen Fragestellungen der gesellschaftlichen Transformation auf der lokalen bis zur europäischen Ebene angewandt werden sollte.“⁸¹

5.5. Politische Einbettung

Wie war die Mini-Public in das politische System eingebettet? Wie wurde die „Schnittstelle“ zur repräsentativen Demokratie gestaltet? Wie hat sich die Beziehung während der Dauer der Mini-Public entwickelt?

Nach Einführung des Österreichischen Klimarates per Parlamentsbeschluss lag die Verantwortung für seine Umsetzung beim *Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie* (BMK) unter der Leitung der Grünen-Bundesministerin Leonore Gewessler. Unter anderem aus zeitlichen Gründen kam es bei der Umsetzung des Klimarats nicht zu einer interministeriellen Zusammenarbeit, was im Evaluation Report kritisch erwähnt wird, da dadurch eine enge Verbindung zwischen dem Klimarat, dem Ministerium und vor allem der Person der Ministerin und ihrer Partei in der Öffentlichkeit entstand. Einer der Hauptkritikpunkte betraf die schwachen Regelungen zur Behandlung der Ergebnisse: „Obwohl die Bundesregierung Hauptadressat des Beschlusses war, ist das weitere Vorgehen im Umgang mit den Empfehlungen nicht explizit geregelt.“ In diesem Sinne fehlte dem Klimarat eine klare Verankerung im österreichischen politischen System.⁸²

In der Deliberationssphase wurde ein neuartiger Ansatz zur Einbindung von Stakeholder:innen gewählt: Eine Reihe von Organisationen – darunter Sozialpartnerorganisationen, NGOs aus den Bereichen Ökologie und Sozialpolitik sowie die Bundesjugendvertretung – bildeten ein Bertaungsgremium der Interessenvertretungen. Im Gegensatz zum wissenschaftlichen Beirat spielten

⁸⁰ARGE Klimarat. 2022. Klimarat der Bürgerinnen und Bürger, 54. Siehe auch die Einschätzung der Mitglieder zu dieser Änderung in Praprotnik, K. et al. 2022. Evaluation Report, 14

⁸¹ARGE Klimarat. 2022. Klimarat der Bürgerinnen und Bürger, 55

⁸²Buzogány, A. et al. 2022. Evaluation Report, 14

die Interessensvertretungen im Prozess nur eine untergeordnete Rolle, da es den Organisationen nicht gelang, ihre Rollen zu klären und Differenzen nur schwer zu überwinden waren.

Am vierten Wochenende plante der Klimarat Gespräche mit Vertreter:innen der hier vertretenen und einiger weiterer Organisationen und mit Vertreter:innen der Parlamentsparteien. Unsere Interviewpartner:innen zeigten sich von diesen Gesprächen wenig beeindruckt und gaben an, dass sich die Interessenvertreter:innen und vor allem die Parteimitglieder größtenteils an eingespielte Argumentationslinien hielten und wenig Interesse an einer echten Diskussion zeigten (IP 1, 2, 3).⁸³ Lediglich ein politischer Vertreter blieb in positiver Erinnerung, weil er „Klartext sprach“ (IP 3) und nicht auf die typische Rhetorik eines Politikers zurückgriff. Während der Evaluation Report insgesamt ein differenziertes Bild zeichnet, stellt er auch fest, dass „[einige] Interessenvertreter im Vergleich zu den Echokammern, in denen sie normalerweise agieren, nicht darauf vorbereitet zu sein schienen, sich mit einer so großen Vielfalt an fundierten Meinungen auseinanderzusetzen.“⁸⁴

5.6. Umsetzung der Ergebnisse

Wurden Empfehlungen/Ergebnisse der Mini-Public von der Politik umgesetzt? Wenn ja, welche und auf welche Weise? Wurden die Ergebnisse von politischen Entscheidungsträger:innen in anderer Form genutzt (z. B. zur Legitimierung bestehender Positionen)?

Hinsichtlich der Umsetzung der Empfehlung macht der Evaluation Report des Klimarats ein Hauptproblem deutlich, nämlich das Fehlen verbindlicher Regelungen: „Der Beschluss des Nationalrates sieht vor, dass die vom Klimarat erarbeiteten konkreten Vorschläge an die Regierung weitergeleitet werden“ und „dass der Abschlussbericht dem Klimakabinett und dem Nationalen Klimaausschuss zur Diskussion vorgelegt wird. Es besteht keine rechtliche Verpflichtung, die Vorschläge des Klimarats umzusetzen.“⁸⁵

Am 4. Juli 2022 wurden die Empfehlungen offiziell im österreichischen Parlament vorgestellt und Ministerin Leonore Gewessler (BMK) und Minister Martin Kocher (Ministerium für Arbeit und Wirtschaft) als Vertreter:innen der österreichischen Regierung übergeben. Die Erwartungen der Mitglieder waren bereits ambivalent, wie der Evaluation Report zeigt. Gefragt wurde unter anderem, ob die Befragten der Aussage zustimmen, dass die Politik versuchen werde, ihre Maßnahmen umzusetzen. 13 Prozent stimmten „voll und ganz zu“, 41 Prozent „stimmten eher zu“, 37 Prozent „stimmten eher nicht zu“ und vier Prozent „stimmten überhaupt nicht zu“, weitere vier Prozent beantworteten diese Frage nicht.⁸⁶

Im November 2022 reagierte das BMK in einem umfangreichen Dokument auf die Empfehlungen, in das auch die Antworten anderer Ministerien „angemessene Berücksichtigung“ fanden, wie es im Titel des Dokuments heißt.⁸⁷ Auf Seiten der von uns befragten Teilnehmer:innen löste die Reaktion

⁸³Auch hier spiegelten unsere Interviews die im Evaluationsbericht geäußerten Meinungen wider (Praprotnik, K. et al. 2022. Evaluation Report, 16).

⁸⁴Buzogány, A. et al. 2022. Evaluation Report, 38

⁸⁵Buzogány, A. et al. 2022. Evaluation Report, 45

⁸⁶Praprotnik, K. et al. 2022. Evaluation Report, 17

⁸⁷Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK). 2022. Rückmeldung zu den Empfehlungen des Klimarats der Bürgerinnen und Bürger. Eine Beurteilung des BMK unter angemessener Berücksichtigung von Beiträgen der betroffenen Bundesministerien, insbesondere BMAW,

gemischte Gefühle aus (IP 1, 2, 3): Einerseits begrüßten sie es, überhaupt eine Antwort zu erhalten, da Unsicherheit über die politische Behandlung der Ergebnisse bestand.⁸⁸ Andererseits handelte es sich bei dem Dokument eher um eine Beschreibung des Status quo, in dem dargelegt wurde, welche Maßnahmen die Ministerien bereits ergriffen hatten bzw. wo die Verantwortung für die Umsetzung dieser Maßnahmen liegen würde, und nicht um eine mutige Ankündigung einer neuen Klimapolitik.

Ein Jahr nach der offiziellen Übergabe der Beratungsergebnisse an die Regierung ist etwa die Hälfte der Klimarats-Mitglieder weiter in einem unabhängigen Verein aktiv (siehe unten). Bei den politischen Entscheidungen gab es keine großen Entwicklungen – teils, weil die Koalitionsregierung aus ÖVP und Grünen keinen Kompromiss finden konnte, teils weil die Opposition die notwendige Zweidrittelmehrheit für eine Änderung der österreichischen Verfassung blockierte. Das Klimaministerium (BMK) verweist bei der Ankündigung neuer Initiativen tendenziell auf die Empfehlung des Klimarats und nennt, diese als Teil der laufenden Arbeit des Ministeriums, doch waren bis zum Redaktionsschluss im Juni 2023 seien kaum politische Ergebnisse zu erkennen.⁸⁹



Hinweis: Einen Überblick über die wichtigen Rollen, die die deliberative Demokratie neben der Erarbeitung von Empfehlungen für die Politikgestaltung spielen kann, finden Sie in Teil 3 des MANTA-Webinars auf der [MANTA-Website](#).

5.1. Medien und Öffentlichkeit

Wie reagierten die Medien/der öffentliche Diskurs? Hat sich die mediale Berichterstattung im Laufe der Mini-Publics verändert? Wie kommunizierte die Mini-Public mit der breiten Öffentlichkeit (z. B. durch Nutzung sozialer Medien)? Gab es Auswirkungen auf den öffentlichen Diskurs?

Der Evaluation Report des Klimarats enthielt eine Auswertung der Presseberichterstattung. In bloßen Zahlen wurden „zwischen 01.07.2021 und 31.10.2022 rund 500 Zeitungsartikel [...] in der österreichischen Presse zum Thema Klimarat veröffentlicht.“⁹⁰ Für eine eingehende Analyse wurden zwei Qualitätsmedien – *Der Standard* und *Die Presse* – ausgewählt. Dabei zeigte sich, dass es neben einer neutralen Dokumentation des Beratungsprozesses und seiner Ergebnisse sowohl positive als auch negative Berichterstattungen über den Bürger:innenrat als Instrument gab. In Leser:innenbriefen wurden häufig negative Ansichten geäußert und beispielsweise kritisiert, dass der Klimarat „populistisch“ sei, Parteiinteressen folge oder Steuergelder verschwende. Die gleichen Eindrücke kamen auch in Leser:innen-Kommentaren in den Online-Ausgabe der beiden Zeitungen zum Ausdruck.

BMBWF, BMF, BMKÖS, BML und BMSGPK. https://www.bmk.gv.at/dam/jcr:438f077e-1e72-4710-b270-8b3e9b8950be/BMK_Klimarat_Antworten_UA.pdf [abgerufen am 22.06.2023]

⁸⁸Dieses Gefühl mangelnden Engagements der Politik wurde durch eine Aussage des konservativen Abgeordneten und Klimasprechers seiner Partei Johannes Schmuckenschlager verstärkt, der kurz nach dem Ende des Klimarats erklärte, dass es dem Bürgerrat an Legitimität mangle und dass die Empfehlungen keine Relevanz für ihn hätten. Obwohl Parteikolleg:innen eine andere Position vertraten und Schmuckenschlager später seinen Standpunkt änderte, war der Schaden bereits angerichtet. Orf.at. 3.7.2022: Klimarat präsentiert seine Empfehlungen an die Politik. <https://orf.at/stories/3274360/> [abgerufen am 26.6.2023]

⁸⁹Prager, A. 05.06.2023. Was bleibt vom Klimarat? <https://www.derstandard.at/story/3000000172694/93-empfehlungen-des-klimar> [abgerufen am 26.06.2023]

⁹⁰Buzogány, A. et al. 2022. Evaluation Report, 51

Im Großen und Ganzen dominieren dort zwei – widersprüchliche – kritische Ansichten: Die eine stellt die demokratische Legitimität des Klimarats entweder prinzipiell oder wegen angeblich mangelnder Repräsentativität in Frage (z. B. als „Echokammer“ der Grünen) und die andere weist seine Forderungen wegen angeblich mangelnder Fachkompetenz der Beteiligten zurück. Im Hinblick auf Bürger:innenräte als Instrument demokratischer Entwicklung zeigt dies, dass Deliberation noch nicht als eigenständige demokratische Praxis verstanden wird.

Aufgrund seiner Medienstrategie, die einen starken Fokus auf regionale Medien beinhaltete, „erregte der österreichische Klimarat starke mediale Aufmerksamkeit und war bereits im Jänner 2022 größeren Teilen der österreichischen Bevölkerung bekannt.“⁹¹ Laut einer Umfrage zum Zeitpunkt der Abschlussitzung im Juni 2022 hatte mehr als die Hälfte der Bevölkerung (53 %) von der Existenz des Klimarats gehört, gegenüber 45 % zu Beginn des Prozesses – allerdings gaben 44 % immer noch an, nie davon gehört zu haben.⁹²

Die Bemühungen des Klimarats, die Bevölkerung direkt zu erreichen, waren etwas weniger erfolgreich. Das Online-Tool „Der Klimarat fragt Österreich“, bei dem die Öffentlichkeit über die Empfehlung diskutieren, darüber abstimmen und ihre Ideen einbringen sollte, wurde von den Teilnehmer:innen kritisch bewertet, obwohl sich nach Einschätzung der Veranstalter:innen etwa 5.000 bis 6.000 Personen an der öffentlichen Konsultation beteiligten. Auch die Klimarat-Teilnehmer:innen sprachen sich grundsätzlich dafür aus, die breite Öffentlichkeit einzubeziehen, um nicht nur über den Klimarat selbst zu informieren, sondern auch das Bewusstsein für den Klimawandel als solchen zu schärfen (IP 2). Letztlich hatte diese öffentliche Konsultation jedoch kaum Auswirkungen auf den Prozess (IP 1, 3). Dem Evaluation Report zufolge wurde eine Flut neuer Ideen gesammelt, die sich kaum in die Beratungen integrieren ließen.⁹³

5.2. Perspektiven

Gibt es Pläne, Mini-Publics weiter zu institutionalisieren? Hatte die Mini-Public einen Einfluss auf (die Meinungen zur) deliberativen Demokratie? Welche Lehren lassen sich für zukünftige Projekte ziehen?

Es ist schwierig, den Gesamterfolg des Klimarats zu bewerten. Messbare Ergebnisse im Sinne einer klaren Wirkung auf die Politik oder einer nachhaltigen Veränderung der öffentlichen Debatten zur Klimapolitik fehlen, dennoch gibt es eine Reihe positiver Entwicklungen. Erstens bewerteten die Teilnehmer:innen ihre Erfahrungen mit dieser Form der deliberativen Demokratie im Allgemeinen als sehr positiv. Große Anerkennung gebührt den Moderator:innen, die die harte Arbeit der Ausarbeitung von Empfehlungen professionell begleiteten und den Prozess selbst reibungslos leiteten. Die Evaluator:innen stellten fest: „Ein guter Indikator für die Einstellung zu diesem Beteiligungsinstrument ist der Hinweis der Befragten, dass sie sofort mitmachen würden, wenn sie eines Tages zu einem anderen Bürger:innenrat eingeladen würden.“⁹⁴ Ein weiterer Indikator könnte sein, dass die Teilnehmer:innen (einschließlich unserer Befragten) zwar der Meinung waren, sie hätten viel über die harte Realität des Klimawandels und insbesondere über die Dringlichkeit entschlossener Maßnahmen gelernt, die meisten von ihnen jedoch den Umfragen der Evaluator:innen zufolge im Verlauf des

⁹¹Buzogány, A. et al. 2022. Evaluation Report, 15

⁹² Praprotnik, K. et al. 2022. Evaluation Report, 4f

⁹³ Praprotnik, K. et al. 2022. Evaluation Report, 26

⁹⁴ Praprotnik K. et al. 2022, Evaluation Report, 25

Klimarates besorgter wurden. Wissensgewinne und die Möglichkeit, als Gemeinschaft auf dieses Wissen zu reagieren, ließ die Sorge vor der drohenden Gefahr tendenziell in Engagement umschlagen.

Im Laufe des Prozesses engagierten sich mehrere Teilnehmer:innen in der Öffentlichkeitsarbeit, hielten Vorträge, gaben Interviews und wandten sich an politische Akteur:innen, insbesondere auf regionaler und lokaler Ebene. Der Evaluation Report bewertet diese Strategie, die sich explizit an alle politischen Kräfte richtete, als wichtige Best Practice auf dem Weg zur Bildung breiter gesellschaftlicher Koalitionen zu Fragen des Klimawandels.⁹⁵ Am Ende des Prozesses entschied sich etwa die Hälfte der Mitglieder des Klimarats, ihre Arbeit in Form eines unabhängigen Vereins („Verein des österreichischen Klimarats der Bürger:innen“) fortzuführen,⁹⁶ und damit Initiative zu ergreifen und Verantwortung zu übernehmen.⁹⁷ Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Textes, etwa ein Jahr nach Abschluss des Klimarats, ist der Verein in den Bereichen Bildung und Lobbying in einem aktiv – darunter beispielsweise Treffen mit politischen Vertreter:innen von der lokalen bis zur europäischen Ebene oder das Vorträge für so unterschiedliche Zielgruppen wie die Österreichische Akademie der Wissenschaften und Kinder in Grundschulen. Ein Thema, das aufgegriffen wurde, war genau die Empfehlung, die im Abschlussbericht des Klimarats keine Zustimmung fand: Eine freiwillige Geschwindigkeitsbegrenzung von 100 km/h auf Autobahnen wird mittels einer Aufkleberkampagne beworben (IP 1, 2, 3). Zum Zeitpunkt der Interviews war eine Veranstaltung zum Jahrestag der formellen Übergabe der Empfehlungen an die österreichische Regierung in Planung.

Der Klimarat war der erste Bürger:innenrat Österreichs mit substanzieller Größe auf nationaler Ebene und hält daher eine Reihe von Lektionen für künftige deliberativ-demokratische Innovationen bereit. Unter den vielen relevanten Empfehlungen, die sich aus den Erfahrungen der Teilnehmer:innen ableiten lassen und in den Evaluation Reports zu finden sind, scheinen zwei besonders wichtig zu sein: Erstens müssen künftige Bürger:innenräte mit einem stärkeren Mandat und klaren Regeln für die Umsetzung ihrer Empfehlungen ausgestattet werden. Zweitens müssen im Vorfeld klare und realistische Erwartungen bei den Teilnehmer:innen und der breiten Öffentlichkeit definiert werden. Anstatt davon auszugehen, dass deliberative Prozesse völlig neue, beispiellose Lösungen hervorbringen, muss verstanden werden, dass sie vor allem eine wichtige Funktion bei der Legitimierung mutiger Politik haben. Wie eine unserer Interviewpartner:innen es ausdrückte: „Politiker hätten einfach sagen können: ‚Es sind nicht wir, sondern die Bürger:innen‘, die diese strengen Maßnahmen gefordert haben“ (IP 3). Die österreichische Politik hat diese Chance verpasst.



Tipp: Weitere Beispiele für Mini-Publics auf der ganzen Welt finden Sie in Teil 3 unseres MANTA-Webinars. Material für forschungsbasierte Aktivitäten im Klassenzimmer finden Sie in Teil IV des Impulsmaterials auf der [MANTA-Website](#).

⁹⁵Buzogány A. et al. 2022, Evaluation Report, 51

⁹⁶ <https://klimarat-verein.at/> [abgerufen am 30.11.2023]

⁹⁷Buzogány A. et al. 2022, Evaluation Report, 42

6. Zusammenfassung

Unsere drei Fallstudien zeigen, dass Mini-Publics in Österreich durch sehr unterschiedliche Prozesse implementiert wurden, die definieren, ob und wie sie an das politische System angebunden sind.

In Vorarlberg ist das Instrument gut etabliert und Teil des politischen Systems auf Landesebene. Seit 2006 fanden mehr als 60 Mini-Publics statt, von denen 14 Themen auf Landesebene debattierten, während sich der Rest mit lokalen Themen befasste. Für die Organisation und Durchführung der Mini-Publics ist das *Büro für ehrenamtliches Engagement und Partizipation*, eine Abteilung der Landesregierung, verantwortlich. Seit 2013 sind Bürger:innenräte in der Landesverfassung Vorarlbergs verankert und es wurden konkrete Richtlinien für die Initiierung und Durchführung auf regionaler und lokaler Ebene entwickelt. Auf regionaler Ebene können Mini-Publics sowohl von bottom-up (von 1.000 Bürgern) als auch top-down (durch den Landtag oder die Landesregierung) initiiert werden.

Die Mini-Public zur *Zukunft der Demokratie*, die am 18. und 19. September 2021 stattfand, war die erste Mini-Public in Österreich auf nationaler Ebene. Es wurde bottom-up von drei NGOs initiiert: *Respekt.net*, *IG Demokratie* und *mehr demokratie! Österreich*. Die Versammlung war nicht in staatliche Strukturen eingebettet und wurde hauptsächlich durch Crowdfunding finanziert.

Der *Österreichische Klimarat der Bürgerinnen und Bürger* war eine weitere bundesweite Mini-Public, die jedoch im Gegensatz zum letztgenannten Beispiel top-down durch einen Beschluss des österreichischen Parlaments initiiert wurde. Mit der Einsetzung wurde eine Forderung des Klimavolksbegehrens vom Juni 2020 umgesetzt. Der Klimarat fand an sechs Wochenenden von Jänner bis Juni 2022 statt. Der parlamentarische Antrag bestimmte das *Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technik (BMK)* als hauptverantwortlich für den Prozess, was dazu führte, dass der Klimarat in der Öffentlichkeit mit der Person der Ministerin und ihrer (Grünen) Partei in Verbindung gebracht wurde. Es fehlte ein übergreifendes Engagement aller wichtigen politischen Akteur:innen für den deliberativen Prozess. Obwohl der Klimarat an einem Wochenende Parteienvertreter:innen und Interessensvertreter:innen einbezog, blieb das Verhältnis zum politischen System insgesamt angespannt.

Die unterschiedlichen Verfahren der Einsetzung einer Mini-Public bestimmen auch darüber, wer die Tagesordnung für Mini-Publics festlegt und damit Fragen für die Debatte definiert und Ergebnisse teilweise vorkonfiguriert.

In Vorarlberg kommt es bei der Agendasetzung darauf an, ob es sich um eine Top-down-Initiative handelt – in diesem Fall wird die Agenda entweder durch den Landtag oder die Landesregierung festgelegt – oder um eine Bottom-Up-Initiative – in diesem Fall bestimmen die Bürger:innen auch die Agenda. In beiden Fällen werden die Veranstalter:innen durch das *Büro für ehrenamtliches Engagement und Partizipation* unterstützt, das professionelle Beratung bietet. Wichtig ist, dass die Tagesordnung auf Themen beschränkt ist, die in die Zuständigkeit des Landes oder der Gemeinden fallen.

Für die Mini-Public zur *Zukunft der Demokratie* gaben die drei organisierenden NGOs lediglich ein breites Thema vor und überließen den Teilnehmenden die Möglichkeit, im Laufe des Prozesses ihre eigene spezifischere Agenda zu entwickeln. Dies führte dazu, dass eine Vielzahl großer Themen

aufgeworfen wurde, die zu komplex waren, um sie innerhalb der zweitägigen Veranstaltung angemessen zu bearbeiten. Daher endete die Mini-Public mit wenig konkreten Empfehlungen.

Im Fall des Klimarats erfolgte die Festlegung der Agenda Top-down. Die parlamentarische Initiative definierte bereits den Umfang und das Ziel der Beratung sowie die Diskussionsgrundlage. Die Agenda für die Deliberations-Wochenenden wurde von den Organisator:innen sehr detailliert festgelegt, die Themen strukturiert und die Expert:innen entsprechend ausgewählt. Obwohl die Evaluierung diesem Top-down-Ansatz eher kritisch gegenüberstand, waren die Teilnehmer:innen durchaus damit zufrieden, eine klare Struktur und Ansatzpunkte für die Überlegungen zu erhalten.

Ein wichtiger Maßstab für den Erfolg von Mini-Publics ist die Art und Weise, wie Ergebnisse im politischen System umgesetzt werden. Kann eine Mini-Public Einfluss auf die Politik nehmen und politische Veränderungen fördern?

In Vorarlberg werden die Ergebnisse jeder Mini-Public zunächst im World-Café-Format, also einem öffentlichen Forum, an dem auch Entscheidungsträger:innen aus Politik und Verwaltung beteiligt sind, präsentiert und diskutiert. Anschließend werden die Ergebnisse der Mini-Public und dieser öffentlichen Veranstaltungen in einer sogenannten Resonanzgruppe mit Entscheidungsträger:innen und Expert:innen weiter ausgewertet, um zu ermitteln, welche Empfehlungen umgesetzt werden können. Die Ergebnisse der Resonanzgruppe müssen den Vertretern der Mini-Public erläutert werden (in der Regel in zwei Feedbackrunden). Teilweise wurden Vorschläge der Mini-Public im Regierungsprogramm verankert und durch Gesetzesnovellen umgesetzt, häufiger jedoch in Form kleinerer Regierungsinitiativen.

Als reine Bottom-up-Initiative hatte die Mini-Public zur *Zukunft der Demokratie* keinen Bezug zum politischen System. Obwohl Kontakt zu politischen Vertreter:innen aufgenommen wurde, gelang es den Organisator:innen nicht, diese in den Prozess einzubeziehen. Die geringe Größe der Veranstaltung, fehlendes Wissen der politischen Entscheidungsträger:innen und die mangelnde Berichterstattung in den Medien trugen allesamt zur begrenzten Wirkung bei. Erschwerend kam hinzu, dass es der Mini-Public aufgrund der breiten Agenda nicht gelang, eindeutige Empfehlungen oder Forderungen zu formulieren.

Im Fall des Klimarats wurde im parlamentarischen Entschließungsantrag kein klarer Prozess zur Umsetzung der Ergebnisse festgelegt. In diesem Fall gelangte die Mini-Public zu einem Katalog sehr konkreter Empfehlungen, die im Rahmen des Prozesses bereits von Expert:innen begutachtet worden waren. Die Reaktionen des politischen Systems blieben dennoch mangelhaft. Auch wenn das zuständige BMK als Antwort ein ausführliches Dokument vorlegte, listete es hauptsächlich den Status quo auf und bot keine konkreten politischen Änderungen an.

Auf institutioneller Ebene veranschaulichen unsere drei Fallstudien drei verschiedene Arten von Mini-Publics: Vorarlberg zeigt das Potenzial deliberativ-demokratischer Instrumente, wenn sie als Teil des politischen Systems mit einer langfristigen Perspektive auf regionaler und lokaler Ebene implementiert werden. In diesem Fall ist die Beratung der Bürger:innen kein Experiment mehr, sondern zu ein etabliertes Instrument demokratischer Regierungsführung. Das Beispiel zeigt auch, dass Top-down- und Bottom-up-Initiativen nicht zwangsläufig im Widerspruch zueinanderstehen. Während dieses Beispiel das Potenzial von Mini-Publics am deutlichsten zeigt, bleiben Fragen hinsichtlich der Möglichkeit einer Skalierung auf nationaler (oder sogar europäischer) Ebene offen, da der regionale

und lokale Fokus nicht nur organisatorische Fragen vereinfacht, sondern auch die Komplexität der zu diskutierenden Fragen begrenzt.

Als erste Veranstaltung dieser Art auf nationaler Ebene war die Bottom-up-Mini-Public *über die Zukunft der Demokratie* ein demokratiepolitisches Experiment. Obwohl es kaum als Erfolg gewertet werden kann, liefert es wertvolle Erkenntnisse für zukünftige Initiativen. Erstens wurde bewiesen, dass es möglich ist, eine Mini-Public rein Bottom-up zu organisieren (einschließlich der Finanzierung der Veranstaltung). Dies zeigt, dass die Bürger:innen an einer Beteiligung interessiert und auch bereit sind, Geld und Zeit zu investieren. Zweitens: Eine sehr breite Agenda ist zwar offener gegenüber den Präferenzen der Teilnehmer:innen, birgt jedoch das Risiko schwach definierter Ergebnisse, die sich kaum in klare Empfehlungen für politische Akteur:innen umsetzen lassen. Drittens: Wenn eine Mini-Public darauf abzielt, die Politik zu beeinflussen, braucht sie eine institutionelle Verbindung zum politischen System, um sicherzustellen, dass Entscheidungsträger:innen sie nicht einfach ignorieren können.

Unser letztes Beispiel, der Klimarat, liegt institutionell gesehen in der Mitte, da es sich um eine Top-down-Initiative mit einem politischen Mandat handelte, es aber an klaren Bestimmungen zur Umsetzung der Ergebnisse mangelte. In diesem Fall sind Ambivalenzen deutlich ausgeprägt. Fragen, die der Klimarat aufwarf sind z.B.: Wie könnte die Übernahme von Ergebnissen gewährleistet werden, ohne gleichzeitig kritische Fragen der demokratischen Legitimität aufzuwerfen? Soll ein Bürger:innenrat Entscheidungen treffen können, die für demokratisch gewählte Abgeordnete verbindlich sind? Oder sollte er vielmehr als Forum für Entscheidungsträger:innen verstanden werden, in dem sie fundierte Meinungen einholen können? Kann ein Volksreferendum über die Ergebnisse, wie es beispielsweise in Kanada und Irland durchgeführt wurde, dieses Problem lösen? Unsere Analyse liefert keine eindeutigen Antworten auf diese Fragen, zeigt jedoch, dass die Schnittstellen von deliberativen Formen der Bürger:innenbeteiligung zum politischen System auch die Behandlung von Ergebnissen umfassen müssen. Ohne klare Regeln laufen Mini-Publics Gefahr, unbegründete Erwartungen und Ängste zu schüren.

Im Hinblick auf die demokratische Legitimität deliberativer Instrumente spielt die Auswahl der Teilnehmer:innen eine zentrale Rolle. In allen drei Fallstudien wurden die Teilnehmenden nach dem Zufallsprinzip ausgewählt, um die Vielfalt der österreichischen Gesellschaft abzubilden, allerdings mit unterschiedlichen Herangehensweisen an den Auswahlprozess. Wichtig ist, dass für die Teilnahme keine österreichische Staatsbürgerschaft erforderlich ist, was (zumindest theoretisch) deliberativ-demokratische Instrumente von den demokratischen Defiziten befreit, die sich aus restriktiven Staatsbürger:innenschaftsgesetzen in einer von Migration geprägten Gesellschaft ergeben, in der ein wachsender Teil der Bevölkerung von politischen Rechten ausgeschlossen ist. Dennoch hatten alle drei Mini-Publics Schwierigkeiten, Diversität angemessen abzubilden.

Mini-Publics bestehen in Vorarlberg in der Regel aus 12-16 Teilnehmer:innen ab 16 Jahren, die per Zufallsprinzip aus dem Personenstandsregister ausgewählt werden. Daher umfassen die verfügbaren Daten zur Gewährleistung von Diversität, Alter, Geschlecht und Wohnort – andere Informationen, z.B. zur formalen Schulbildung, zum sozioökonomischen Status oder zum Migrationshintergrund, sind jedoch nicht verfügbar. Die Erfahrung zeigt, dass es meist schwieriger ist, junge Teilnehmerinnen zu finden. Da für die Auswahl auch keine Daten zu Beruf oder Kenntnissen herangezogen werden (können), haben die Organisator:innen Gremien von Expert:innen eingerichtet, wenn spezifisches Fachwissen erforderlich war.

Die Organisator:innen der Mini-Public zur *Zukunft der Demokratie* hatten keinen Zugriff auf das Personenstandsregister. Daher wählten sie zufällig Teilnehmer:innen aus dem Adressregister der österreichischen Post aus. Zu den verfügbaren Daten gehören, ähnlich wie im Personenstandsregister, Alter, Geschlecht und Wohnort. Um größtmögliche Diversität zu gewährleisten, wurde auch versucht, Mitglieder bestimmter soziodemografischer Gruppen zu rekrutieren, die bei deliberativen Bemühungen traditionell unterrepräsentiert sind. Aufgrund der Covid-Situation waren es am Ende nur zehn statt 20 Teilnehmer:innen und die angestrebte Vielfalt wurde nicht ganz erreicht.

Der Rekrutierungsprozess des Österreichischen Klimarats wurde von der *Statistik Austria* umgesetzt, die natürlich über wesentlich umfangreichere Daten und mehr Ressourcen verfügt. Zusätzlich zu den oben genannten Kategorien bezogen die für die Auswahl Verantwortliche auch die formale Bildung und das Einkommen in den Prozess ein. Ziel war es in diesem Fall, eine deutlich größere Gruppe von 100 Teilnehmer:innen zu erreichen. Nach einem zweistufigen Prozess gelang es den Organisator:innen, Repräsentativität in Bezug auf Geschlecht, Bildung und Einkommen zu erreichen, allerdings war die Verteilung zwischen den Altersgruppen etwas ungleichmäßig und Menschen mit Migrationsgeschichte – insbesondere Menschen, die außerhalb der EU geboren wurden – waren unterrepräsentiert. Auch hier war die Covid-Situation ein limitierender Faktor, da ungeimpfte Personen nicht teilnehmen durften. Eine auffälliger Einschränkung war in diesem Fall jedoch die politische Voreingenommenheit, also die (ungewollte) Bevorzugung von Menschen, die sich bereits für den Klimawandel interessierten und sich darüber Sorgen machten. Während des Auswahlprozesses wurden zwar Daten zu politischen Präferenzen erhoben, diese jedoch nicht als Kriterium herangezogen.

Insgesamt gelang es den Auswahlverfahren in allen drei Fällen, die Diversität der Teilnehmer:innen im Rahmen der gegebenen Umstände recht gut zu gewährleisten. Insbesondere im Vergleich zu den bei selbstgewählten Beratungsformaten üblichen sozialen Schief lagen, also der Überrepräsentation älterer, gut gebildeter Bürger:innen, erweisen sich Mini-Publics mit ihren Auswahlverfahren als deutlich zugänglicher. Eine weitere in mehreren Evaluation Reports empfohlene Maßnahme war die Verwendung von Leichter Sprache in Einladungsschreiben, um Menschen mit geringerer Bildung, einer anderen Erstsprache sowie Menschen mit kognitiven Behinderungen stärker einzubeziehen. Das Problem der politischen Voreingenommenheit lässt sich jedoch nicht leicht überwinden, da Menschen eher bereit sind, sich zu beteiligen, wenn sie Interesse und einen emotionalen Zugang zum Thema der Beratungen haben. Dies weist wiederum auf eine der Ambivalenzen des Instruments hin: Während der deliberative Prozess selbst vom gemeinsamen Engagement der Teilnehmer:innen profitiert, kann es der demokratischen Legitimität abträglich sein, wenn Skeptiker:innen das Gefühl haben, dass ihre Meinung in der Mini-Public nicht vertreten ist.

Im Hinblick auf Beratungspraktiken scheinen sich gemeinsame Standards für die Erleichterung herauszubilden. In allen drei Fällen kam die Moderationstechnik der *Dynamic Facilitation* zum Einsatz. Das Ziel dieser Technik besteht darin, eine Einigung zu erreichen, also Ergebnisse und Empfehlungen festzulegen, gegen die keine:r – oder zumindest nicht viele – der Teilnehmer:innen entschieden Einwände erheben. Dies unterscheidet sich von der Erzielung eines Konsenses, bei dem alle Teilnehmer:innen vollständig zustimmen müssten. Im Fall des Klimarates wurden Einwände gegen einige Empfehlungen in das Abschlussdokument aufgenommen. Der Beratungsprozess im Rahmen der Mini-Public zur *Zukunft der Demokratie* zeigt, dass es auch bei professionell ausgebildeten Moderator:innen zu Gruppendynamiken kommen kann, die unterschiedlichen Teilnehmer:innengruppen ungleiche Redezeit einräumen. In diesem Fall wurde beobachtet, dass

Frauen weniger Zeit in Anspruch nahmen als Männer, was breitere Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern widerspiegelt. Dennoch zeigen die Fallstudien, dass eine angemessene Moderation einen offenen Gedankenaustausch zwischen verschiedenen Teilnehmer:innengruppen ermöglicht. Der Klimarat, der einen längeren Prozess beinhaltete, bot den Teilnehmer:innen die Möglichkeit, ein gemeinsames Engagement für die deliberative Arbeit zu entwickeln.

Interessanterweise war die Rolle des Expert:innenwissens in den Beratungsprozessen sehr unterschiedlich. In Vorarlberg wird den Teilnehmer:innen vor der Beratung routinemäßig Informationsmaterial zur Verfügung gestellt, bei der Beratung sind jedoch keine Expert:innen anwesend. Vielmehr werden sie erst zu einem späteren Zeitpunkt im Prozess einbezogen, wenn es darum geht, Ergebnisse im Hinblick auf die Möglichkeit ihrer Umsetzung zu bewerten. Bei der Mini-Public zur *Zukunft der Demokratie* wurde – auch aufgrund der offenen Agenda – überhaupt kein Expert:innenwissen eingebracht. Das Gegenteil gilt für den Klimarat, wo Expert:innen in unterschiedlichen Rollen während des gesamten Prozesses beteiligt waren. Sie gaben nicht nur zu Beginn des Prozesses Input, sondern auch Feedback zu den Empfehlungen der Bürger:innen. Auch hier lässt sich eine der Ambivalenzen deliberativer Prozesse hervorheben: Während die Expert:innen dabei halfen, den Prozess zu steuern und die Umsetzbarkeit von Empfehlungen sicherzustellen, birgt ihre Einbindung auch die Gefahr, die Bürger:innen zu beeinflussen und Ergebnisse vorwegzunehmen. Wenn man jedoch das deliberative Ideal einer rationalen, also auf Argumenten und nicht auf vorgefassten Meinungen basierenden Deliberation anstrebt, gibt es keine Alternative dazu den Teilnehmer:innen sachliche Informationen zu komplexen Themen zur Verfügung zu stellen.

Nicht zuletzt streben Mini-Publics auch nach einer Wirkung in der breiten Öffentlichkeit. In Vorarlberg ist die detaillierte Dokumentation jeder Mini-Public online öffentlich zugänglich, wobei ein spezielles deliberativ-demokratisches Online-Tool der Landesregierung zum Einsatz kommt. Das *Büro für ehrenamtliches Engagement und Partizipation* unternimmt große Anstrengungen, das Tool zu bewerben (z. B. über YouTube). Obwohl Mini-Publics in Vorarlberg eine relativ lange Geschichte haben, ist auffällig, dass einige Teilnehmer:innen angaben, noch nie von diesen Beratungsforen gehört zu haben, ehe sie die Einladung zur Teilnahme erhielten. Medienberichte finden sich hauptsächlich in den Lokalnachrichten, da sich die Agenden auf die regionale oder sogar lokale Ebene beschränken. Im Fall der Mini-Public zur *Zukunft der Demokratie* entsprach das Medienecho und die öffentliche Wahrnehmung des Prozesses nicht den Erwartungen der Organisator:innen. Die vage Agenda, die unspezifischen Ergebnisse und die fehlende politische Einbettung trugen nicht dazu bei, das Interesse der Journalist:innen zu wecken. Der Klimarat war hingegen Gegenstand zahlreicher Medienberichte und führte zu hitzigen öffentlichen Diskussionen in Kommentarspalten. Ähnlich wie bei den Mini-Publics in Vorarlberg stellte auch der Klimarat ein Online-Tool zur Verfügung, um die breite Öffentlichkeit in die Diskussion einzubeziehen. In diesem Fall wurden die Organisator:innen mit Vorschlägen und Kommentaren derart überschwemmt, dass eine Einbeziehung in den Beratungsprozess unmöglich war. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Verhältnis von Mini-Publics zur breiten Öffentlichkeit komplex ist. Die Öffnung des Prozesses durch die Einbeziehung der breiten Öffentlichkeit als aktive Teilnehmerin in die Beratungen scheint schwierig und ressourcenintensiv zu sein und könnte sich sogar nachteilig auf den deliberativen Prozess als solchen auswirken. Dennoch können Engagement und Interesse der Öffentlichkeit wichtige Faktoren sein, um die Legitimität und Nachhaltigkeit der Ergebnisse und auf lange Sicht auch des Instruments der deliberativen Demokratie selbst zu gewährleisten. Die Debatten rund um den Klimarat zeigten auch,

dass die öffentliche Meinung noch nicht von der Nützlichkeit und Legitimität des Instruments Bürger:innenrat überzeugt ist.

Zusammenfassend und mit einem Blick in die Zukunft kommen wir zu dem Schluss, dass Mini-Publics in Vorarlberg bereits bewiesen haben, dass sie ein wertvolles Instrument für deliberative Beteiligung auf regionaler oder lokaler Ebene sein können. Sie können Impulse für Veränderungen geben und innovative Initiativen fördern, sind jedoch aufgrund der Bindung an die Kompetenzen der Landesregierung in ihrer Reichweite begrenzt. Es bleibt also die Frage, wie diese Instrumente an umfassendere, komplexere und kontroverse Fragen auf nationaler (oder sogar europäischer) Ebene angepasst werden können. Die Mini-Public zur *Zukunft der Demokratie* führte zwar nicht zu greifbaren Ergebnissen, kann aber als Pionierprojekt betrachtet werden: Es war nicht nur die erste bundesweite, sondern auch die erste komplett Bottom-up organisierte Mini-Public in Österreich. In ihrer anschließenden Mini-Public zum Verkehrssystem in den Bundesländern Wien, Niederösterreich und Burgenland haben die Veranstalter:innen bereits einige der bei der Mini-Public zur *Zukunft der Demokratie* aufgeworfenen Fragen aufgegriffen. Ungeachtet aller Unterschiede litt auch der Klimarat unter dem Mangel an greifbaren Auswirkungen auf die Politik und die öffentliche Debatte. Die Tatsache, dass viele Teilnehmer:innen ihre Arbeit in einem ehrenamtlichen Verein fortführen, zeigt jedoch deutlich, welche Veränderung er für die direkt beteiligten Menschen bedeutete. Die Erkenntnisse beider nationalen Mini-Publics zeigen, dass ihre Wirksamkeit von der Einbettung in das politische System, einem klaren Auftrag und der Bereitschaft der Entscheidungsträger:innen abhängt, Ergebnisse ernst zu nehmen.

7. Schritt-für-Schritt zur eigenen Mini-Public

Als Leser:in des Kompendiums verfügen Sie nun über zahlreiche Informationen zur Funktionsweise von Mini-Publics. Wir hoffen, dass die Kombination von Debatten aus der wissenschaftlichen Literatur mit einer Analyse der Praxis von Bürger:innenräte in Österreich eine gute Grundlage für die Entwicklung eigener Bildungspraktiken bietet.



Tipp: Weiterführende Informationen und vor allem Übungen für den Unterricht finden sich in den verschiedenen Materialien auf der [MANTA-Website](#).
Übungen zur Gestaltung einer eigenen Mini-Public finden Sie im **Blended Learning Training** und in **Station 5 des Impulsmaterials**.

Am Ende des Kompendiums möchten wir die Leser:innen bitten, den Prozess der Gestaltung einer Mini-Public Schritt für Schritt durchzudenken und dabei auf den vorgestellten Fallstudien aufzubauen. Die folgenden Fragen sollen dabei helfen, diesen Prozess zu strukturieren und sicherzustellen, dass alle wichtigen Aspekte abgedeckt werden.

Aufgabe: Wie würden Sie – abgesehen von praktischen Überlegungen – Ihre eigene Mini-Public organisieren?

Frage 1: Welche(s) Thema(en) würden Sie gerne in einer Mini-Public beraten sehen?

Reflexion: Was sind die Besonderheiten von Mini-Publics im Vergleich zu anderen Instrumenten der Bürger:innenbeteiligung? Welche Vor- und Nachteile haben Mini-Publics als spezifische Form der deliberativen Demokratie? Gibt es bestimmte Themen, die für ein solches Beratungsforum besonders geeignet (oder besonders ungeeignet) sind? Gibt es eine Grenze für die Anwendbarkeit des Instruments hinsichtlich der Größe oder der politischen Ebene (z.B. national, europäisch, global)?

Frage 2: Warum brauchen wir zu diesem Thema/diesen Themen eine Mini-Public?

Reflexion: Warum wäre eine Mini-Public besser geeignet, das Problem zu lösen als repräsentative demokratische Prozesse? Wie und in welcher Rolle kann deliberative Demokratie in politische Entscheidungsprozesse innerhalb der repräsentativen Demokratie einbezogen werden? Unter welchen Umständen ist die Beratung durch (nicht gewählte) Bürger:innen ein legitimes Instrument, um zu Empfehlungen oder sogar politischen Entscheidungen zu gelangen?

Frage 3: Welche Ziele soll die Mini-Public erreichen? Welche Form sollen die Ergebnisse annehmen und was soll mit ihnen nach dem Beratungsprozess passieren?

Reflexion: Welche Kompetenzen sollten die Teilnehmer:innen haben? Sollten politische Entscheidungsträger:innen verpflichtet werden, den Empfehlungen der Bürger:innen Folge zu leisten? Sollte die Beeinflussung der öffentlichen Meinung ein Ziel für Mini-Publics sein? Unter welchen Bedingungen kann eine Mini-Public als Erfolg gewertet werden? Welche der drei Fallstudien würden Sie als erfolgreich einstufen und warum?

Frage 4: Wer soll die Mini-Public beauftragen und organisieren?

Reflexion: Welche Vor- und Nachteile haben Top-down- und Bottom-up-Prozesse bei der Initiierung einer Mini-Public? Welche Strategien könnten konzipiert werden, um die Lücke zwischen den verschiedenen Ansätzen zu schließen?

Frage 5: Wie sollen die Teilnehmer:innen ausgewählt werden?

Reflexion: Im Idealfall wäre eine Mini-Public repräsentativ für die Gesamtbevölkerung. Ist das möglich? Welche Schritte können unternommen werden, um einem solchen Idealzustand nahe zu kommen, und welche Schwierigkeiten bestehen weiterhin? In der Praxis begnügen sich Mini-Publics zumeist damit, Vielfalt zu repräsentieren, anstatt wirklich repräsentativ im statistischen Sinne des Begriffs zu sein. Können sie dennoch Anspruch auf demokratische Legitimität erheben?

Frage 6: Wie sollte der Beratungsprozess selbst aussehen?

Reflexion: Wie kann man sich dem deliberativen Ideal des machtfreien Austauschs rationaler Argumente in der Praxis annähern – wie können z.B. Statusunterschiede zwischen Beteiligten überwunden werden? Welche Rolle sollte Expert:innenwissen spielen? Welche Rolle kann und soll die breite Öffentlichkeit gegenüber Mini-Publics spielen? Sollten Stakeholder:innen und/oder Vertreter:innen der Politik direkt eingebunden werden?

8. Weitere Ressourcen

8.1. Übersicht und Beispiele von Mini-Publics

Escobar, Oliver, und Stephen Elstub. 2017. Forms of Mini-publics. https://newdemocracy.com.au/wp-content/uploads/2017/05/docs_researchnotes_2017_May_nDF_RN_20170508_FormsOfMiniPublics.pdf [abgerufen am 16.10.2023]

→ Kurzer Beitrag zur Unterscheidung verschiedener Formen von Mini-Publics

FIDE – Federation for Innovation in Democracy. <https://www.fide.eu/> [abgerufen am 16.10.2023]

→ In Brüssel ansässiges Netzwerk und Website für Bürger:innenräte in Europa

Hierlemann, Dominik, and Céline Diebold. 2021. French Citizens' Convention on Climate. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Demokratie_und_Partizipation_in_Europa_/Shortcut/Issue_4_French_Citizens_Convention_on_Climate/210218_Shortcut_4_French_Citizens_Convention_WEB.pdf [abgerufen am 31.10.2023]

→ Fact Sheet zur französischen Bürger:innenversammlung zum Klima

Hierlemann, Dominik. 2020. Small Country, Big Innovation: The Irish Citizens' Assembly. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Demokratie_und_Partizipation_in_Europa_/Shortcut/Issue_3_Irish_Citizens_Assembly/201217_Shortcut-3-Irish_Citizens_Assembly_Web.pdf [abgerufen am 31.10.2023]

→ Fact Sheets zum irischen Bürger:innenrat

Journal of deliberative democracy. <https://delibdemjournal.org/> [abgerufen am 16.10.2023]

→ Interdisziplinäre Open-Access-Zeitschrift, die Artikel zu allen Aspekten der deliberativen Demokratie veröffentlicht

KNOCA – Knowledge Network on Climate Assemblies: <https://knoqa.eu/> [abgerufen am 16.10.2023]

→ Europäisches Netzwerk zum Austausch von Berichten und Erkenntnissen zu Klimaversammlungen

Moskovic, Jonathan, Béangère Jouret, and Anna Renkamp. 2023. Deliberative Committees: A New Approach to Deliberation between Citizens and Politicians in Brussels. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Shortcut_9_Deliberative_Committees.pdf [abgerufen am 31.10.2023]

→ Fact Sheets zu „Deliberative Committees“ in Brüssel

Niessen, Christoph, and Min Reuchamps. 2019. Designing a Permanent Deliberative Citizens Assembly: The Osbelgien Modell in Belgium. <https://dial.uclouvain.be/pr/boreal/object/boreal:229726> [abgerufen am 31.10.2023]

<https://dial.uclouvain.be/pr/boreal/object/boreal:229726> [abgerufen am 31.10.2023]

→ Artikel über den ständigen Bürger:innenrat in Belgien

OECD. 2020. Innovative Citizen Participation and New Democratic Institutions: Catching the Deliberative Wave. OECD. https://www.oecd-ilibrary.org/governance/innovative-citizen-participation-and-new-democratic-institutions_339306da-en [16.10.2023]

→ OECD-Bericht über Deliberationspraktiken, einschließlich “Good Practice Principles for Deliberative Processes for Public Decision Making“, basierend auf vergleichender empirischer Evidenz

OECD. 2021. OECD Database of Representative Deliberative Processes and Institutions.

<https://airtable.com/shrHEM12ogzPs0nQG/tbl1eKbt37N7hVFHF/viwxQgJNyONVHkmS6?blocks=hide> [abgerufen am 16.20.2023]

→ Datenbank deliberativer Praktiken auf der ganzen Welt

Paulis, Emilien et al. 2020. The POLITICIZE Dataset: An Inventory of Deliberative Mini-Publics (DMPs) in Europe. In: European Political Science 20(3): 521–42.

<https://europemc.org/article/PMC/PMC7371796> [abgerufen am 16.10.2023]

→ Analyse von 105 deliberativen Mini-Publics zwischen 2000 und 2020

Schmidt, Maximilian and Courtney Aitken. 2022. Citizens’ Assemblies – an international comparison. SPICe Briefing SB 22-07. Edinburgh: The Scottish Parliament. <https://sp-bpr-en-prod-cdnepe.azureedge.net/published/2022/2/1/12a76138-5174-11ea-8828-000d3a23af40/SB%2022-07.pdf> [abgerufen am 16.10.2023]

→ Papier für das schottische Parlament, das Hintergrundinformationen zu Bürger:innenräten liefert und die schottischen Beispiele im Detail diskutiert

TU Berlin. 2021. Doing Mini-Publics Database. The Spread of Mini-Publics across the World. <https://sfb1265.github.io/mini-publics/> and https://docs.google.com/spreadsheets/d/1Ue4Mdwf6ngzPCKmz5tKW9FavoeXLEZPEFbJI2mnAX_E/edit#gid=2061509366 [abgerufen am 16.20.2023]

→ Datenbank und Karte von Mini-Publics auf der ganzen Welt

8.2. Empfehlungen für Praktiker:innen

Berg, Carsten et al. 2023. The European Citizens’ Assembly: Designing the Missing Branch of the EU Carsten. European University Institute and DemocracyNext. <https://www.demnext.org/papers> [abgerufen am 17.10.2023]

→ Die Autor:innen skizzieren Argumente für einen Europäischen Bürger:innenrat, untersuchen dessen Grundprinzipien und Gestaltungsmerkmale und schlagen Wege für die Umsetzung vor

Bryant, Peter, and Lucy Stone. 2020. Climate Assemblies and Juries: A people-powered response to the climate emergency. Shared Future. <https://sharedfuturecic.org.uk/wp-content/uploads/2020/08/Shared-Future-PCAN-Climate-Assemblies-and-Juries-web.pdf> [abgerufen am 16.10.2023]

→ Leitfaden für Gemeinden zur Einrichtung erfolgreicher Bürger:innenräte, die sich mit Klimaproblemen befassen

CCA-Project: Climate Citizens’ Assemblies. Aiming for impact by learning with, from and for European practices. <https://www.cca-project.org/> [abgerufen am 16.10.2023]

→ Empfehlungen für erfolgreiche Bürger:innenräte zu Klimathemen

CDDG/COE. 2023. Report on Deliberative Democracy. <https://rm.coe.int/report-on-deliberative-democracy-eng/1680aaf76f> [abgerufen am 16.10.2023]

→ Bericht und Empfehlungen des Europäischen Ausschusses für Demokratie und Regierungsführung (CDDG) des Europarates

DemocracyNext. 2023. Assembling an Assembly Guide. <https://www.demnext.org/uploads/DemocracyNext-Assembling-an-Assembly-Guide-print-version.pdf> [abgerufen am 31.10.2023]

→ Leitfaden für Institutionen, Organisationen, Stadtverwaltungen oder politische Entscheidungsträger:innen, die an der Durchführung eines Bürger:innenrates interessiert sind

Flanigan et al. n.d. Panelot - Everyone Deserves a Fair Chance. <https://panelot.org/> [abgerufen am 31.10.2023]

→ Tool zur Auswahl eines repräsentativen Bürger:innenpanels

newDemocracy Foundation. n.d. Stratified Random Selection Tool. <https://selection.newdemocracy.com.au/> [abgerufen am 31.10.2023]

→ Tool zur Durchführung geschichteter Zufallsauswahlen

OECD. 2020. Good Practice Principles for Deliberative Processes. OECD. <https://www.oecd.org/gov/open-government/good-practice-principles-for-deliberative-processes-for-public-decision-making.pdf> [abgerufen am 16.10.2023]

→ Kurzer Leitfaden, der die wichtigsten Prinzipien zur Durchführung deliberativer Prozesse zusammenfasst

UN Democracy Fund & NewDemocracy Foundation. 2019. Enabling National Initiatives to Take Democracy Beyond Elections. <https://www.newdemocracy.com.au/wp-content/uploads/2018/10/New-Democracy-Handbook-FINAL-LAYOUT-reduced.pdf>

→ Ein „How-to“-Leitfaden für die Gestaltung und die Durchführung von Bürger:innenräten

University of British Columbia: Participedia. <https://participedia.net/> [abgerufen am 17.10.2023]

→ Mehrsprachige Crowdsourcing-Plattform für Beteiligungsprojekte auf der ganzen Welt

Westminster Foundation for Democracy. <https://www.wfd.org/openness-and-participation> [abgerufen am 16.10.2023]

→ Die WDF-Seite bietet eine Fülle von Materialien zur Demokratie im Allgemeinen. Tipp: Nutzen Sie die Suchfunktion, um Ressourcen zum Thema „deliberative Demokratie“ zu finden.

White, Kimbra, Nicole Hunter, and Keith Greaves. 2022. Facilitating Deliberation – A Practical Guide. MosaicLab.

→ Handbuch mit einer Schritt-für-Schritt-Anleitung zur Moderation deliberativer Prozesse

8.3.Hintergrund, Theorie und akademische Debatte

Bächtiger, Andre et al. 2018. The Oxford Handbook of Deliberative Democracy. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780198747369.001.0001> [abgerufen am 16.10.2023]

→ Wissenschaftliches Handbuch zur deliberativen Demokratie

Bech-Pedersen, Palle. 2023. On blind deference in Open Democracy. European Journal of Political Theory. <https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/14748851231174166> [abgerufen am 31.10.2023]

→ Kritik einseitig positiver Darstellungen von Mini-Publics

- Carson, Lyn. 2007. Creating Democratic Surplus through Citizens' Assemblies. In: *Journal of Deliberative Democracy* 4(1). <https://doi.org/10.16997/jdd.64> [abgerufen am 16.10.2023]
 → Artikel über eine australische Bürger:innenversammlung zur Bekämpfung des Demokratiedefizits
- Courant, Dimitri. 2022. Institutionalizing Deliberative Mini-Publics? Issues of Legitimacy and Power for Randomly Selected Assemblies in Political Systems. In: *Critical Policy Studies* 16(2): 162–80. <https://doi.org/10.1080/19460171.2021.2000453>
 → Artikel, der verschiedene Möglichkeiten zur Institutionalisierung von Mini-Publics untersucht und beabsichtigte und unbeabsichtigte Folgen kritisch diskutiert
- Dryzek, John S. et al. 2019. The Crisis of Democracy and the Science of Deliberation. In: *Science* 363(6432): 1144–46. <https://doi.org/10.1126/science.aaw2694> [abgerufen am 16.10.2023]
 → Die Autor:innen argumentieren, dass die Krise der Demokratie nur durch die Beteiligung der Bürger:innen gelöst werden kann. Während die reale Welt der demokratischen Politik derzeit weit von der deliberativen Idee entfernt ist, sagen sie, dass die Lücke geschlossen werden könnte
- Elstub, Stephen/Rodríguez, Óliver Escobar (eds.). 2019. *Handbook of Democratic Innovation and Governance*. Edward Elgar Publishing.
 → Sammlung von Artikeln zu demokratischen Innovationen, einschließlich Mini-Publics als einer möglichen innovativen Form
- Font, Joan et al. 2018. Cherry-Picking Participation: Explaining the Fate of Proposals from Participatory Processes. In: *European Journal of Political Research* 57(3): 615–36. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12248> [abgerufen am 16.10.2023]
 → Der Artikel untersucht, welche Faktoren beeinflussen, ob und wie politische Vorschläge von Bürger:innen aufgegriffen und umgesetzt werden
- Gleason, Laurel S. 2011. Revisiting ‚The voice of the People‘: An evaluation of the claims and consequences of deliberative polling. *Critical Review* 23 (3): 371–92. <https://doi.org/10.1080/08913811.2011.635872> [abgerufen am 31.10.2023]
 → Kritische Diskussion von „Deliberative Polling“
- Grönlund, Kimmo et al. (eds.). 2014. *Deliberative mini-publics: Involving citizens in the democratic process*. ECPR Press.
 → Sammlung von Aufsätzen zu theoretischen Debatten und praktischen Erfahrungen mit Mini-Publics
- Hendriks, Frank/Wagenaar, Charlotte. 2023. The Deliberative Referendum: An Idea Whose Time Has Come? In: *Administration & Society*, 55(3): 569-590. <https://doi.org/10.1177/00953997221140898> [abgerufen am 17.10.2023]
 → Die Autor:innen untersuchen, wie Bürger:innenräte und Volksabstimmungen verknüpft werden könnten
- Lafont, Cristina. 2015. Deliberation, Participation, and Democratic Legitimacy: Should Deliberative Mini-Publics Shape Public Policy? In: *Journal of Political Philosophy* 23(1): 40–63. <https://doi.org/10.1111/jopp.12031> [abgerufen am 16.10.2023]
- Lafont, Cristina. 2020. *Democracy without Shortcuts: A Participatory Conception of Deliberative Democracy*.

→ In beiden Publikationen untersucht Lafont eine kritische Sicht auf Mini-Publics und ihre Rolle im Hinblick auf das Ideal der deliberativen Demokratie

Niemeyer, Simon and Julia Jennstål. 2016. The Deliberative Democratic Inclusion of Future Generations. In: González-Ricoy, Iñigo/Gosseries, Axel (eds.). Institutions For Future Generations. Oxford University Press: 247–65. <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780198746959.003.0015> [abgerufen am 16.10.2023]

→ Das Kapitel plädiert für die Institutionalisierung deliberativer Mini-Publics als Mechanismus zur Verbesserung der Stellung künftiger Generationen in Entscheidungsprozessen und zur Vertretung dieser Interessen in der öffentlichen Debatte

Niemeyer, Simon et al. 2023. How Deliberation Happens: Enabling Deliberative Reason. In: American Political Science Review: 1–18. <https://doi.org/10.1017/S0003055423000023> [abgerufen am 16.10.2023]

→ Artikel, in dem diskutiert wird, unter welchen Bedingungen qualitativ hochwertiges deliberatives Denken erreicht werden kann

Niessen, Christoph. 2019. When Citizen Deliberation Enters Real Politics: How Politicians and Stakeholders Envision the Place of a Deliberative Mini-Public in Political Decision-Making. In: Policy Sciences 52(3): 481–503. <https://doi.org/10.1007/s11077-018-09346-8> [abgerufen am 17.10.2023]

→ Der Artikel untersucht, wie andere politische Akteur:innen Mini-Publics als „Neulinge“ im politischen System betrachten

O’Flynn, Ian. 2021. Deliberative democracy. Polity Press.

→ Hintergrundinformationen zur deliberativen Demokratietheorie und den wissenschaftlichen Debatten rund um das Thema

O’Flynn, Ian. 2022. Deliberative Democracy and Citizens’ Assemblies – Rules of the Game (Podcast). <https://rulesofthegame.blog/deliberative-democracy-and-citizens-assemblies/> [abgerufen am 16.10.2023]

→ Folge #22 des “Rules of the Game“-Podcasts mit Ian O’Flynn, einem führenden Experten für deliberative Demokratie

Peixoto, Tiago C. and Paolo Spada. 2023. Reflections on the Representativeness of Citizens’ Assemblies and Similar Innovations. In: DemocracySpot. <https://democracyspot.net/2023/02/22/reflections-on-the-representativeness-of-citizens-assemblies-and-similar-innovations/> [abgerufen am 17.10.2023]

→ Überlegungen zur „Repräsentativität“ von Mini-Publics und Argumente dafür, warum sie trotz ihrer Unvollkommenheit nützlich sind

Percy-Smith, Barry et al. (eds.). 2023. A Handbook of Children and Young People’s Participation: Conversations for Transformational Change. Routledge.

→ Sammlung der spezifischen Herausforderungen für partizipative Prozesse mit Kindern und Jugendlichen

Pow, James et al. 2020. It’s Not Just the Taking Part That Counts: ‘Like Me’ Perceptions Connect the Wider Public to Minipublics. In: Journal of Deliberative Democracy 16(2). 43-55. <https://doi.org/10.16997/jdd.368> [abgerufen am 16.10.2023]

→ Als Antwort auf Lafonts kritische Haltung untersuchen die Autoren, unter welchen Bedingungen Mini-Publics von der breiten Öffentlichkeit als adäquate Repräsentation angesehen werden

Reuchamps, Min et al (eds.). 2023. *De Gruyter Handbook of Citizens' Assemblies*. Berlin: De Gruyter. <https://doi.org/10.1515/9783110758269> [abgerufen am 16.10.2023]

→ Sammelband mit aktuellen Debatten zu Bürger:innenräten

Setälä, Maija. 2017. Connecting Deliberative Mini-Publics to Representative Decision Making. In: *European Journal of Political Research* 56(4): 846–63. <https://ejpr.onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1111/1475-6765.12207> [abgerufen am 16.10.2023]

→ Forschungsartikel, der detailliert beschreibt, wie Mini-Publics in bestehende repräsentative demokratische Systeme integriert werden können

Setälä, Maija. 2018. Deliberative Mini-Publics in Democratic Systems. In: Morel, Laurence/Qvortrup, Matt (eds.): *The Routledge Handbook to Referendums and Direct Democracy*. London. <https://doi.org/10.4324/9780203713181> [abgerufen am 16.10.2023]

→ Überblick über verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten für Mini-Publics und die jeweilige Beratungsqualität

Stack, Shauna and Erich Griessler. 2022. From a “Half Full or Half Empty Glass” to “Definitely a Success”. Explorative Comparison of Impacts of Climate Assemblies in Ireland, France, Germany and Scotland. Wien: IHS. <https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/6113/> [abgerufen am 16.10.2023]

→ Papier zum Vergleich von Bürger:innenversammlungen zu Klimathemen mit Fokus auf deren Auswirkungen

Vrydagh, Julien and Didier Caluwaerts. 2023. How Do Mini-Publics Affect Public Policy? Disentangling the Influences of a Mini-Public on Public Policy Using the Sequential Impact Matrix Framework. In: *Representation* 59(1): 117–36. <https://doi.org/10.1080/00344893.2020.1862901>. [abgerufen am 17.10.2023]

→ Die Autor:innen entwerfen einen komplexen Rahmen, um die Auswirkungen von Mini-Publics kohärenter zu messen

Wells, Rebecca et al. 2021. Are Citizen Juries and Assemblies on Climate Change Driving Democratic Climate Policymaking? An Exploration of Two Case Studies in the UK. In: *Climatic Change* 168(1–2): Article nr 5. <https://link.springer.com/article/10.1007/s10584-021-03218-6> [abgerufen am 16.10.2023]

→ Artikel zur Diskussion, ob und wie Bürger:innenräte die Klimapolitik beeinflussen

Willis, Rebecca, Nicole Curato, and Graham Smith. 2022. Deliberative democracy and the climate crisis. *WIREs* 13(2): <https://doi.org/10.1002/wcc.759> [abgerufen am 31.10.2023]

→ Der Artikel untersucht die potenzielle Rolle von Bürger:innenräten bei der Erreichung der Ziele des Pariser Abkommens

8.4. Grundlegende Konzepte

Dahl, Robert A. 1989. *Democracy and Its Critics*. Yale University Press.

MANTA

→ Hintergrundlektüre zur modernen Demokratie, in der Dahl auch die Idee eines „Minipopulus“ vorschlägt.

Fishkin, James S. 1991. *Democracy and Deliberation: New Directions for Democratic Reform*. New Heaven / London.

→ Der Autor fragt unter anderem, wie Demokratie gleichzeitig Gleichheit und qualitativ hochwertige Beratung fördern kann

Fishkin, James S. 2009. *When the People Speak: Deliberative Democracy and Public Consultation*. Oxford University Press.

→ Das Buch zeigt anhand realer Beispiele deliberativer Prozesse, wie Deliberation unsere modernen Demokratien wiederbeleben kann.

Habermas, Jürgen. 1984/1987. *Theory of Communicative Action*. Beacon Press.

→ Die wohl wichtigsten philosophischen Grundlagen der deliberativen Demokratie

Diese Broschüre wurde als Ressource für Pädagog:innen, aber auch für Schüler:innen, Studierende, Journalist:innen und alle an Deliberativer Demokratie und ihren Institutionen Interessierten konzipiert.

Sie bietet theoretische und konzeptionelle Hintergründe zu deliberativer Demokratie und den Besonderheiten von Mini-Publics und Bürger:innenräten.

Der Hauptteil der Broschüre zielt jedoch darauf ab, sich der tatsächlichen Praxis der deliberativen Demokratie anzunähern. Er analysiert drei Mini-Publics in Österreich, anhand derer die Stärken und Schwächen des Instruments in unterschiedlichen Kontexten herausgearbeitet werden:

- Regionale und lokale Mini-Publics in Vorarlberg
- Nationale Mini-Public zur Zukunft der Demokratie
- Österreichische Klimarat der Bürgerinnen und Bürger

Eine Liste mit Literaturempfehlungen und Links führt zu weiteren Informationen über deliberative Demokratie, Mini-Publics und Bürger:innenräte.



MANTA

Mini-Publics And Other New Forms
Of Participation In Civic Education